



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Alternativen zum «Great Reset»

Es kommt auf eine friedensfördernde, kleinräumig orientierte Geldordnung an

Interview mit Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinrich Wohlmeyer

Zeit-Fragen: Herr Professor Wohlmeyer, in der nun schon mehr als ein Jahr andauernden Corona-Krise werden wir erneut mit der Behauptung konfrontiert, diese Pandemie lasse für unsere künftige Ordnung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nur einen Weg zu. Klaus Schwab, Gründer und Direktor des Weltwirtschaftsforums WEF, hat versucht, diesen einen Weg festzulegen: in seinem gemeinsam mit Thierry Malleret geschriebenen Buch «Covid 19: The Great Reset», deutsch: «Covid 19: Der grosse Umbruch». Wie beurteilen Sie dieses vermeintlich alternativlose Konzept?

Heinrich Wohlmeyer: Klaus Schwab geht davon aus, dass die vierte industrielle Revolution dank der technischen Fortschritte in Biologie (insbesondere Genetik), IT (Big data und Digitalisierung bis hin zu Internet of Things [IoT], 3D-Drucken usw.), Physik (bis hin zur Nanotechnik), Verkehr (z. B. Einsatz von Drohnen im Dienstleistungsbereich) weltweit keinen traditionellen gesellschaftlichen Stein auf dem anderen lassen wird. Wir hätten ein Opportunitätsfenster (window of opportunity), das es zu nutzen gelte, um eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Dies erfordere eine technisch unterstützte Weltregierung (Global governance).

Kriterien zur Beurteilung des «Great Reset»

Ich schlage vor, dass wir zur Beurteilung der im «Great Reset» gemachten Beurteilungen und Vorschläge die drei Kriterien des verstorbenen Sozialethikers Prof. Johannes Schasching benutzen:

- Ist eine Vorgangsweise sachgerecht?
- Ist sie menschengerecht?
- Ist sie gesellschaftsgerecht?

Hinzunehmen möchte ich die Empfehlungen des Nobelpreisträgers für Neurologie Prof. John C. Eccles und des Schweizer Verhaltensbiologen Prof. Hans Zeier aus deren 1980 er-



zf. Heinrich Wohlmeyer wurde von Bauern aufgenommen, nachdem der Vater vor dem Abtransport ins Konzentrationslager gestorben, sein Elternhaus durch Bomben zerstört und die Mutter krank geworden war. Er ging «auf eigene Faust» ins Gymnasium, hat Rechtswissenschaften, Internationales Wirtschaftsrecht in den USA und England sowie an der Universität für Bodenkunde Wien Landwirtschaft und Lebensmitteltechnologie studiert. Wieder in Österreich stellte er sich als Regionalentwickler und Industriemanager für das Waldviertel zur Verfügung und wurde Direktor der Österreichischen Agrarindustrie. Nachdem er sich «auseinandergeredet» hatte, ging er an die Universität und lehrte Ressourcenökonomie und Umweltmanagement. Bei all diesen Aktivitäten wurde ihm bewusst, dass die Radnaben der nicht nachhaltigen Entwicklung die Handels- und die Finanzpolitik sind, die die regionalen Wirtschaftskreisläufe unterlaufen. «Wir brauchen regionale Lösungen für einen bestmöglichen regionalen Wohlstand», sagt er.

«Klaus Schwab favorisiert in seinem Konzept den Ausbau alles technisch Möglichen. Viele dieser Vorstellungen basieren auf einem Machbarkeitswahn, der die irdische Realität und das Wesen Mensch grundlegend verkennt und der daher alles andere als menschengerecht ist. Hinzu kommt: Vieles bei Schwab und Malleret basiert auf «westlicher Wohlstandssicht»: Wenn die Covid-19-Massnahmen zu einem «Überdenken der Prioritäten» führen würden, wie es Schwab und Malleret in ihrem Buch behaupten, dann muss man entgegen, dass die grosse Masse der Armen und Hungernden keine Zeit und Möglichkeit hat, Prioritäten abzuwägen. Diese Mitmenschen müssen ausschliesslich ans Überleben denken.»

schiedenen gemeinsamen Buch «Gehirn und Geist. Biologische Erkenntnisse über Vorgeschiedene, Wesen und Zukunft des Menschen». Sie fordern für eine geglättete, der Natur des Menschen angepasste Gesellschaftsgestaltung überschaubare gesellschaftliche Einheiten mit direkten physischen Kontakten und einsichtigen Rollen sowie eine diesbezüglich angepasste Technologie.

Schliesslich noch die leicht merkbaren fünf Systemprinzipien der Biosphäre, die ich in die ökologische Diskussion eingebracht habe (Schlüsselprinzipien zur nachhaltigen, der Natur und dem Menschen angepassten Gestaltung der Bedarfsdeckungssysteme):

- solare Orientierung der Energiebereitstellung (angepasster lokaler Mix),
- möglichst geschlossene Stoffkreisläufe,
- kaskadische Nutzung von Energie und Materialien sowie Reparatur, Instandhaltung und Wiederverwendung,
- biologische Vielfalt (Wahrnehmung aller sich anbietenden Synergismen und damit auch Resilienz und Stabilität),
- Dezentralisierung und intelligente Vernetzung als Grundbedingung für die Verwirklichung der vorstehenden Prinzipien und der Berücksichtigung der humanbiologischen Erfordernisse.

Alle Orientierungen sollten in den Versuch der unvoreingenommenen Beurteilung einfließen.

Eine anonymisierende globale Gleichschaltung

Können Sie dies genauer erläutern, zum Beispiel bezüglich des Kriteriums der Menschengerechtigkeit?

Da wir auf das Leben und Wirken in überschaubaren Gruppen ausgelegt sind, führt eine anonymisierende globale Gleichschaltung, in der der Mensch nur eine Nummer im Globalkollektiv ist, nicht nur zur Verminderung des individuellen Glücks, sondern auch zur Zunahme psychischer Erkrankungen, die wieder zusätzlich das Immunsystem schwächen.

Klaus Schwab favorisiert in seinem Konzept den Ausbau alles technisch Möglichen. Viele dieser Vorstellungen basieren auf einem Machbarkeitswahn, der die irdische Realität und das Wesen Mensch grundlegend verkennt und der daher alles andere als menschengerecht ist.

Hinzu kommt: Vieles bei Schwab und Malleret basiert auf «westlicher Wohlstandssicht»: Wenn die Covid-19-Massnahmen zu einem «Überdenken der Prioritäten» führen würden, wie es Schwab und Malleret in ihrem Buch behaupten, dann muss man entgegen, dass die grosse Masse der Armen und Hungernden keine Zeit und Möglichkeit

hat, Prioritäten abzuwägen. Diese Mitmenschen müssen ausschliesslich ans Überleben denken.

Schwabs Kritik am Nationalstaat ist nicht mehr als ein Vorurteil

Und wie sieht es bei der Gesellschaftsgerechtigkeit aus?

Schwab ist überzeugt, so in seiner Rede beim Chicago Council of Global Affairs im Juni 2019: «Die vierte industrielle Revolution wird im Rahmen des «Great Reset» zu einer Verschmelzung unserer physischen, digitalen und biologischen Identität führen.» «Zusammenführung von Kapitalismus und Sozialismus, um ein produktives und integratives Wirtschafts- und Sozialmodell zu schaffen.» Diese Überzeugung durchpult das ganze Buch «The Great Reset». Wenn auf Seite 107 seines Buches das «Trilemma» Globalisierung, Demokratie und Nationalstaat behauptet wird, in dem nur zwei aus der Sicht der Weltwohlfahrt vereinbar seien, nämlich Globalisierung und Demokratie, dann ist dies eindeutig ein technokratisches Fehlurteil. Die Nationalstaaten sind Wiege der Demokratien und können über das Völkerrecht sinnvoll zusammenwirken.

Die Feststellung in den Schlussfolgerungen des Buches: «Die Pandemie ist ein seltenes, aber enges Gelegenheitsfenster (a rare but narrow window of opportunity), die Neugestaltung unserer Welt zu bedenken und zu betreiben (reimagine and reset our world)», ist daher eine Feststellung «von oben», und diese befürwortet einen totalitären Weltstaat – einen «Supernanny-Weltstaat» im sozialen und grünen Sicherheitsmantel mit zufriedengestellten Unfreien.

So könnte man die Analysen und Vorschläge von Klaus Schwab und Thierry Malleret etwa wie folgt zusammenfassen: Ein erneuerter sanfter, global kontrollierter Kapitalismus, «weniger gespalten, weniger verschmutzend, weniger zerstörerisch, mehr einbeziehend, gerechter und fairer» – aber mit weniger Freiheit.

Was es braucht, ist eine Neugestaltung nach dem Mass des Menschen

Wir haben uns heute vorgenommen, vor allem über Alternativen zum «Great Reset» zu sprechen, im Grundsatz und auch ganz konkret. Lassen Sie uns mit dem Grundsätzlichen beginnen.

In der Tat: Der «Great Reset» ist keine Perspektive, und allzu lange sollten wir uns auch nicht bei ihm aufhalten. Die Neugestaltung nach dem Mass des Menschen und des Ökosystems Erde braucht keinen «Great Reset», sie müsste vielmehr dezentralisieren, intel-

ligent vernetzen und vor allem den Bürgern über die direkte Demokratie eine Stimme geben, womit auch der beglückenden kulturellen Vielfalt Raum gegeben wird.

Informatik und Mikroelektronik – Siebenmeilenstiefel zur Dezentralisierung

Vor welchen Aufgaben stehen wir?

Ich sehe vor allem drei Aufgabenbereiche: unser Energiesystem, unsere Art und Weise, Handel zu treiben, und unser Finanzsystem.

Das Energiesystem ist derzeit fossil basiert, wir tragen unser Geld zu den Ölstaaten, diese verwenden unser Geld, um bei uns Betriebe aufzukaufen, und bei uns geht die Kaufkraft verloren. Dabei gibt es die Möglichkeit, regionale Energieversorgungssysteme aufzubauen. Aber dann muss man auch die Bedarfsdeckungssysteme generell regionalisieren. Das ist ein wesentlicher Punkt! Ich habe meinen Studenten immer gesagt: Wir haben die Siebenmeilenstiefel der Dezentralisierung entwickelt: die Informatik, die Mikroelektronik, die Telekommunikation – und verwenden sie statt für intelligente Dezentralisierung für unangepasste Zentralisierung. Zentralisierung ist immer verbunden mit undemokratischen Massnahmen, weil der lokale Bürger auf die Vorgaben aus der Zentrale verwiesen wird.

Im Handelsbereich wird immer von den Ökonomen «gebetet», was David Ricardo zu seiner Zeit gesagt hat: Die Produktion soll zu den relativ Besten und Billigsten gehen. Nachdem wir aber jetzt im Welthandel ganz unterschiedliche soziale und ökologische Standards haben – siehe USA, Europa, China, Indien und andere Staaten –, geht die Produktion zum absolut Billigsten, nicht zum relativ Billigsten, und das System funktioniert nicht mehr.

Wir haben eine Gelddiktatur

Zum Finanzbereich: Friedrich August von Hayek hat vom natürlichen Zinssatz geredet, der sich bildet; denn wenn die Konjunktur anspringt, steige die Nachfrage nach Krediten. Dadurch steige der Zinssatz. Dies würde wieder als Bremse, und die Kredite würden billiger, und das gebe wieder einen Anreiz, dass die Wirtschaft anspringt. Alles das gibt es aber nicht mehr. Wir haben derzeit keine Konkurrenz im Geldsystem, sondern eine Gelddiktatur. Wenn ich mir Europa ansehe, so ist das die schlichte Katastrophe. Was wir jetzt im Corona-Management erleben, ist eine ganz massive Staatsverschuldung. Und die Kredite geben wieder die Geldmächtigen der Welt, die noch reicher werden. Denn man muss es immer wiederholen: Jeder Schuld steht ein Guthaben gegenüber. Wir haben ein Schuldgeldsystem. Und daher brauchen wir einen geordneten Weltschuldenschnitt. Diese Supervermögen sind aus dem Nichts geboren. Wir wissen, dass die Geldschöpfung aus dem Nichts erfolgt. Hier möchte ich zurückgreifen auf den Kollegen Richard Werner, Finanzwissenschaftler an der De Montfort University in Leicester, der zehn Jahre in Japan war und das beste Buch über den japanischen Yen geschrieben hat, «Princes of the Yen». Er sagt: «Wir müssen zur regionalen Geldschöpfung zurückkehren, damit die Geldmengen ausweitung wieder den Gemeinwesen zugute kommt und wir damit allgemeinen Wohlstand und Infrastruktur finanzieren können!» [vgl. Zeit-Fragen Nr. 8 vom 6. April 2021]

«Alternativen zum «Great Reset»

Fortsetzung von Seite 1

Wir müssen die Währungen wieder regionalisieren

Das ist, glaube ich, eine ganz klare Botschaft, an der wir nicht vorbeigehen können. Wir müssen die Währungen wieder regionalisieren und in die Hände der Gemeinwesen legen, damit wir Wohlstandsmehrend Geldpolitik betreiben können. Es gibt eine interessante kleinere US-Bank, die *Bank of North Dakota*. Dort hat man unterschwellig eine Staatsbank gegründet, ist aber nie so stark aktiv geworden, dass das *Federal Reserve System* gegen sie vorgegangen wäre. Nun schreiben sie ganz offen, dass sie den Staat billiger finanzieren, kleine Lokal-Banken unterstützen und billige Kredite ausgeben können, weil sie keinen Zinszwang haben.

Wir erleben derzeit einen Kampf um die Weltgeldordnung

Warum wird das nicht überall umgesetzt? Wir erleben derzeit einen Kampf um die Weltgeldordnung. Die USA haben bei den *Bretton-Woods-Abkommen* der Welt ein System aufgedrückt, das den Dollar als Leitwährung, indirekt mit Gold gesichert, etabliert hat. Die Goldsicherung wurde 1971 aufgekündigt. Man hat eigentlich die ganze Welt betrogen, indem man gesagt hat, das gilt jetzt nicht mehr. Derzeit ist der Dollar eigentlich nur noch militärisch gesichert. Jeder, der ausschert aus dem Dollarsystem, wird mit Krieg überzogen, so dass das System befristet weiter funktioniert. Ich sage, wir leben eigentlich im Todeskampf des noch Welthegemons, der die Weltgeltung beansprucht.

Aber wir können auch nicht einfach zurück zum Goldstandard. Der Goldstandard hat sich im vorvorigen Jahrhundert bewährt, weil die Goldproduktion ungefähr dem Währungswachstum entsprochen hat. Aber wenn ich einen Goldstandard einführen wollte, dann müsste ich zuerst die Goldreserven auf alle gerecht verteilen, damit sie ihre Währungen absichern können. Sonst würde es so sein, dass diejenigen, die die Goldminen oder die alten Reserven besitzen, stinkreich werden, und die anderen zahlen. Die Regierung in England beispielweise hat ja den Kolonien in Amerika, die die *Colonial Scrips*¹ – eine erfolgreiche Lokalwährung – ausgegeben haben, den Goldstandard aufgedrückt, worauf die Wirtschaft zusammengebrochen ist.

Man muss ganz klar sagen: Für die jetzige Geldwirtschaft, auch wenn wir es gerecht verteilen würden, steht nicht genügend Gold zur Verfügung. Es müsste der Goldpreis astronomisch hoch werden. Ich denke daher, dass wir gut landen, wenn wir ein vertrauenswürdiges Weltwährungssystem aufbauen und die Bevölkerung diesem Geld vertraut. Dann ist der Wert gesichert. Währungen basieren auf dem Vertrauen der Anwender.

Die Nahostkriege und der Libyenkrieg waren alle Geld- und Ressourcenkriege

Sie sprechen vom «Kampf um die Weltgeldordnung». Können Sie das noch genauer erläutern?

Die ganzen Nahostkriege und der Libyenkrieg waren alle Geld- und Ressourcenkriege. *Saddam Hussein* ist ausgeschert, hat nicht mehr in Dollar fakturiert und hat Erdöl an die Chinesen in Renminbi verkauft. Deshalb musste er ausgeschaltet werden. Dasselbe galt bei *Gaddafi*, der einen goldgedeckten Afro-Dollar wollte und mit den Russen über ein Gasabkommen verhandelt hat. Das war eine Todsünde gegen das System und vor allem auch gegen die Franzosen, die die Hauptakteure beim Krieg gegen Libyen waren. Denn, was die wenigsten wissen, es gibt in den ehemaligen Kolonien noch den *Afro-Franc*. Als die Kolonien freigegeben wurden, hat man ihnen drei Dinge aufs Haupt gedrückt: 1. Die Währung muss weiter der Franc bleiben. 2. Die Devisenreserven müssen bei der Französischen Nationalbank gehalten werden und 3. Die Infrastruktur, in die die Franzosen investiert haben, Strassen, Bahnen usw., muss abgelöst werden, wobei die Franzosen den Wert festsetzen. Damit sind diese Länder in Finanzknechtschaft genommen worden. Und immer, wenn ein Regime dagegen aufgemuckt hat, hat es einen «Volksaufstand» mit Unterstützung der Fremdenlegion gegeben, womit die unbequemen Regierungen ausgeschaltet wurden. *Gaddafi* hat massiv dagegehalten, daher musste auch sein Kopf weg, und jetzt haben wir dort

das Chaos. Daneben war natürlich auch das amerikanische Interesse. Der goldgedeckte Afro-Franc war auch gegen den US-Dollar gerichtet. Es waren beide, der Franc und der Dollar, die hier zusammengewirkt haben.

Auch in der Geopolitik haben wir die steigende Konfrontation, die vor allem von den USA und der Nato organisiert wird, in Europa insbesondere gegen die Russen, weil auch diese nicht ins System passen, und im Fernen Osten gegen die Chinesen. Diesen Wettlauf werden die USA nicht gewinnen, wenn sie nicht schliesslich zur Gewalt greifen. Daher habe ich grosse Sorge, dass es zu einem dritten Weltkrieg kommt, wenn wir nicht die jetzige Energie-, Handels- und Finanzordnung grundsätzlich in Frage stellen und reformieren. Wir Europäer müssten eigentlich den Amerikanern gemeinsam sagen: «Freunde, wir wollen eure Freunde sein, aber so, wie ihr uns jetzt missbrauchen wollt, das tragen wir nicht mit. Vielmehr machen wir jetzt Vorschläge, wie es weitergehen soll. Ihr könnt ein von der Welt geschätztes Zentrum der Innovation, der Produktion und des Handels sein, aber nicht eine Weltgewaltmacht.» Die USA werden auch ihre rund 800 Militärbasen im Ausland nicht weiter finanzieren können.

Das Problem des «deep state»

Warum stellen die USA nicht um?

In den USA haben wir das Problem des «deep state», des militärisch-industriellen Komplexes, der indirekt die Politik bestimmt. Es ist leider so, dass alle Waffen, die produziert werden, nach Anwendung drängen. Daher wird an allen Enden an Kriegen gezündelt.

«Ein Land wie die Schweiz macht es ein Stück weit vor. Bei allen Unvollkommenheiten, die Schweiz ist eher gemeinwohlorientiert, weil die Bürger ein Stimmrecht haben. Ich würde sagen, ich wünsche mir eine demokratiegerechte Wirtschaft, und nicht, wie Frau *Merkel* gesagt hat, eine marktgerechte Demokratie. Das ist in Wirklichkeit die Kapitulation der Demokratie. Ich würde also sagen: Eine Demokratie nach Schweizer Muster, die die Bremse der Volksentscheidung hat, die stark dezentralisiert ist, die Entscheidungen bei den Bürgern lässt und nicht unbedingt nur bei den Experten.»

Deshalb muss man einmahnen, wie es in der Bibel steht: Schwerter zu Pflugscharen! Ihr habt genug Entwicklungspotential zu Hause, mit angepassten Technologien! Verwendet eure Phantasie und Produktionsbereitschaft für den allgemeinen Wohlstand statt für die Ausrüstung von Armeen. Alle Staaten mit grossen Armeen hatten arme Leute, denn irgendwoher muss das Geld für die Rüstung kommen. Wir müssen diese Erkenntnis unter die Leute bringen, damit die Dominanz des militärisch-industriellen und finanziellen Komplexes gebrochen wird. Interessanterweise hat General *Dwight Eisenhower*, als er als Präsident abtrat, gewarnt: Befreit euch von der im Krieg aufgebauten Macht des militärisch-industriellen Komplexes, der derzeit die Politik dominiert.

Mit einer anderen Geldordnung Frieden schaffen

Kann denn eine andere Geldordnung Frieden schaffen? Und wie soll das aussehen?

Dazu muss ich ein wenig ausführlicher werden: Derzeit haben wir noch ein Schuldgeldsystem, der Zinseszins ist derzeit das Hauptproblem. Die geometrische Reihe läuft, und die meisten kennen die alte Finanzregel nicht mehr, d. h. Schlüsselzahl 70 durch den Zinssatz ist die Zeit der Verdoppelung des Kapitals. Das haben wir noch in der Schule gelernt. Bei 5% Zinsen wäre das in 14 Jahren eine Verdoppelung des Kapitals. Das ist verrückt. Derzeit haben wir die Zinsen auf 0 gesetzt, damit sich die Staaten brav verschulden können. Und ich vermute dann eines: Das war immer so in der Finanzgeschichte, dass plötzlich die Hochfinanz die Krise ausruft: Inflation und Gefahr für die Volkswirtschaft, wir müssen die Zinsen erhöhen, damit das Überborden der Wirtschaft gebremst wird. Dann sind alle hochverschuldet und können ihre Kapitaldienste nicht leisten; dann kommt die Hochfinanz als Retter und sagt: Wir kaufen die Betriebe auf und retten damit Betriebe und Arbeitsplätze ... und sie werden dafür noch gefeiert.

Wir haben aber auch unglaublich viele Konzepte für neue Geldordnungen. Zum Beispiel Kryptowährungen, die in Wirklichkeit Phantasieprodukte sind, die so lange gelten, wie man an sie glaubt. Kryptowährungen sind eine Illusion, und man missbraucht Leute, die Geld anlegen wollen und von der Gier getrieben sind.

Es gibt aber auch Konzepte für regionale Währungen und vieles andere. Ich glaube, dass es eine Kombination geben sollte: Im regionalen Bereich können wir Zeitwährungen in lokalen Kreisläufen nachhaltig organisieren, im weiteren Bereich müssen wir ein internationales Währungsabkommen haben, das die Wechselkurse anpassungsfähig gemäss der jeweiligen Kaufkraft festlegt. Im nationalen Bereich müssen wir die Geldschöpfung wieder zum Staat bringen. Da bin ich für das «Vollgeld», damit nicht in Wirklichkeit die Banken das Geld produzieren. Wesentlich wäre auch ein zinseszinsfreies Geld.

Vollgeld und Trennbankensystem

Das jetzige Problem ist, wie ich schon sagte, vor allem der Zinseszins. Die Finanzvermögen steigen quasi ins Unendliche, wenn man hochrechnet. Ich glaube, man kann auch festlegen, dass es Zinseszins nicht gibt. Das ist rechtlich möglich. Jede Geldordnung ist eine menschengemachte Ordnung, die man gemäss entwickelter Massstäbe festlegen kann.

Die Banken sollten im Vollgeldsystem für eine kostengünstige Abwicklung der üblichen Geldgeschäfte zur Verfügung stehen und sollen nach dem Trennbankensystem organisiert werden. Für diese Dienste müssen wir natür-

Friedensfähig sind vor allem regionale, nationale Lösungen

Friedensfähig sind vor allem regionale, nationale Lösungen. Eine Währung ist der Massanzug einer Volkswirtschaft. Wir haben in Europa etwas Grauenhaftes getan. Wir haben die südlichen Länder mit den nördlichen Ländern in einen Währungstopf gegeben. Sie haben in der Vergangenheit durch Abwertungen ihre Handelsbilanz halbwegs in Ordnung gebracht und konnten sich auch angepasst verschulden. Diese Länder hat man in den Euro hineingenommen. Weil der Euro-Verbund mitgehaftet hat, war dies am Anfang ein Freibrief zu noch höherer Verschuldung. Danach hat man aber gesagt: «Jetzt müssen wir die Notbremse ziehen» und hat ihnen das Finanzkorsett aufgedrückt. Siehe Griechenland, Italien, Spanien. Jetzt sehen wir die Folgen ganz konkret. Die «äussere Abwertung» wurde durch die «innere Abwertung» ersetzt und hat zur Verarmung in den Ländern geführt.

Wie beurteilen Sie die finanzielle Situation unserer Staaten? Und was schlagen Sie hier vor?

Ich glaube, wenn wir die jetzige Staatsverschuldung ansehen, dann müssen wir sagen, das läuft mit aller Wahrscheinlichkeit darauf hinaus – in den Zeitungen wird das schon diskutiert –, dass es einen allgemeinen «Entschuldungsbeitrag» geben muss. De facto bedeutet das, dass sie die Leute enteignen und ihnen neue Steuern aufs Haupt drücken. Es trifft dann wieder die Masse der Menschen, die Kleinen und nicht die Grossen. Und da glaube ich, gibt es mehrere Ansätze, die rasch verwirklichtbar sind.

Für eine Kapitalumsatzsteuer ...

Das eine ist eine allgemeine Kapitalumsatzsteuer von einem Promille, das ist fast nichts, das läge innerhalb der Bankenkonditionen und würde bereits rund ein Drittel unserer Budgets einbringen, und wir könnten Staatsschulden rückzahlen. Die Finanztransaktionssteuer wird immer diskutiert, ich würde sie entmythifizieren und eben zu dieser Kapitalumsatzsteuer hinüberwechseln, so dass wir nicht nur begrenzte Finanztransaktionen besteuern, wo dann immer wieder mit Behinderung des internationalen Handels argumentiert wird. Sie wäre einfach einzuziehen, wenn wir bei jedem Kapitaltransfer, auch bei den kleinen, 0,1%, also ein Tausendstel, einbehalten.

Das zweite wäre eine Internetabgabe von einem Cent pro Megabyte. Das ist eine Riesenquelle. Alle Internetgiganten geben zu, dass dies technisch möglich wäre. Wir könnten auch bei einer Internetabgabe individuelle Freibeträge machen, etwa für den privaten Gebrauch; man könnte auch Gesundheitswesen, Bildung und notwendige Grundversorger, wenn es notwendig ist, von der Abgabe befreien. Das wäre der zweite Bereich.

... und eine allgemeine Vermögenssteuer auf Grossvermögen

Der dritte Bereich, der auf der Hand liegt, aber am schwierigsten durchzusetzen ist, wäre eine allgemeine Vermögenssteuer auf die Grossvermögen. Wenn man von 5% igem Wachstum ausgeht und eine Steuer von 50% auf den Vermögenszuwachs erhöhe, das entspräche 2,5% des ursprünglichen Vermögens, so wäre das bereits eine Megasteuer, die die ganze Welt entschulden würde. Es gibt also Auswege, aber die müssen wir propagieren und auch angehen, statt aus dem kleinen Mann das Letzte herauszupressen.

Wir müssen uns zusammensetzen, und jeder bringt seine Ideen ein

Was ist zu tun, damit die unterschiedlichen Ansätze zur Lösung der Frage nach der Geldordnung zu einer guten Lösung zusammenfinden?

Wir müssen uns zusammensetzen, und jeder bringt seine Ideen ein. Wir müssen einsehen, dass es nicht darum geht, dass wir uns individuelle Gescheitheiten leisten und jeder mit seinen Ideen brilliert, statt dass wir uns zusammenschliessen. Jeder muss auch in sich gehen und sagen, ich muss nicht unbedingt mit meinen Ideen das absolut Beste wollen oder können, sondern ich bin bereit, von den anderen anzunehmen und mich selbst einzubringen, wobei ich erwarten muss, dass andere von meinen Ideen Abstriche machen.

Fortsetzung auf Seite 3

Einen Krieg in der Ukraine vermeiden

Memorandum der Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS)* an den Präsidenten der USA

Sehr geehrter Präsident *Biden*

Wir haben das letzte Mal am 20. Dezember 2020 mit Ihnen kommuniziert, als Sie zum Präsidenten gewählt wurden. Damals haben wir Sie vor den Gefahren gewarnt, die mit der Konzeption einer Politik gegenüber Russland verbunden sind, die auf einem Russland-Bashing aufbaut. Während wir die in diesem Memorandum vorgenommene Analyse weiterhin unterstützen, dient dieses neue Memo einem weitaus dringlicheren Zweck. Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit auf die gefährliche Situation lenken, die heute in der Ukraine besteht, wo das Risiko eines Krieges wächst, wenn Sie keine Schritte unternehmen, um einen solchen Konflikt zu vermeiden.

An dieser Stelle erinnern wir an zwei grundlegende Realitäten, die angesichts der wachsenden Spannungen zwischen der Ukraine und Russland besonders hervorgehoben werden müssen.

Erstens: Da die Ukraine kein Mitglied der Nato ist, würde Artikel 5 des Nato-Vertrags im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen der Ukraine und Russland natürlich nicht gelten.

Zweitens könnte die derzeitige militärische Aufrüstung der Ukraine, wenn sie in

eine tatsächliche militärische Operation übergehen sollte, zu Feindseligkeiten mit Russland führen.

Wir halten es für unerlässlich, dass Ihre Regierung sofort versucht, jede «Lösung» für die derzeitige festgefahrene Situation, die eine militärische Dimension hat, sozusagen von der Tagesordnung zu streichen. Kurz gesagt, es gibt und kann niemals eine militärische Lösung für dieses Problem geben.

Ihre vorläufige nationale Sicherheitsstrategie besagt, dass Ihre Regierung «kluge und disziplinierte Entscheidungen in bezug auf unsere nationale Verteidigung und den verantwortungsvollen Einsatz unseres Militärs treffen wird, während sie die Diplomatie zu unserem Mittel der ersten Wahl erhebt». Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um diese Worte in die Tat umzusetzen und für alle deutlich zu machen.

Wir sind der festen Überzeugung:

1. Dem ukrainischen Präsidenten *Selenski* muss klar gemacht werden, dass es weder von den USA noch von der Nato militärischen Beistand geben wird, wenn er die ukrainischen Falken, denen es in den Fingern juckt, Russland eine blutige Nase zu verpassen, nicht im Zaum hält – Falken, die durchaus erwarten könnten, dass der Westen der Ukraine in jedem Konflikt mit Russland zu Hilfe kommt. (Es darf nicht zu einer Wiederholung des Fiascos vom August 2008 kommen, als die Republik Georgien offensive Militäroperationen gegen Südossetien einleitete in dem irrigen Glauben, die USA würden ihr zu Hilfe kommen, wenn Russland militärisch antwortet.)

2. Wir empfehlen, dass Sie sich umgehend wieder mit *Selenski* in Verbindung set-

zen und darauf bestehen, dass Kiew seine aktuelle militärische Aufstellung in der Ostukraine stoppt. Die russischen Streitkräfte stehen an der Grenze bereit, um zu reagieren, wenn *Selenski*s lockeres Gerede vom Krieg zu mehr als Prahlerei wird. Washington sollte auch alle militärischen Trainingsaktivitäten, an denen US- und Nato-Truppen in der Region beteiligt sind, auf Eis legen. Dies würde die Wahrscheinlichkeit verringern, dass die Ukraine diese Trainingsmissionen als faktisches Zeichen der Unterstützung für ukrainische Militäroperationen zur Wiedererlangung der Kontrolle über den Donbass oder die Krim missverstehen könnte.

3. Ebenso unerlässlich ist es, dass die USA hochrangige diplomatische Gespräche mit Russland führen, um die Spannungen in der Region abzubauen und die derzeitige Eile hin zu einem militärischen Konflikt zu deeskalieren. Das komplexe Geflecht von Problemen zu entwirren, das derzeit die Beziehungen zwischen den USA und Russland belastet, ist eine gewaltige Aufgabe, die nicht von heute auf morgen zu bewältigen sein wird. Dies wäre ein günstiger Zeitpunkt, um auf ein gemeinsames Ziel hinzuwirken, nämlich bewaffnete Auseinandersetzungen in der Ukraine und einen weitergehenden Krieg zu verhindern.

In den aktuellen Auseinandersetzungen um die Ukraine gibt es sowohl Chancen als auch Risiken. Diese Krise bietet Ihrer Regierung die Möglichkeit, die moralische Autorität der Vereinigten Staaten in den Augen der internationalen Gemeinschaft zu verbessern. Mit Diplomatie zu führen, wird das Ansehen Amerikas in der Welt deutlich erhöhen.

Für die Leitungsgruppe der *Veteran Intelligence Professionals for Sanity*:

William Binney, former Technical Director, World Geopolitical & Military Analysis, NSA; co-founder, SIGINT Automation Research Center (ret.); *Marshall Carter-Tripp*, Foreign Service Officer & former Division Director in the State Department Bureau of Intelligence and Research (ret.); *Bogdan Dzakovic*, former Team Leader of Federal Air Marshals and Red Team, FAA Security (ret.) (associate VIPS); *Graham E. Fuller*, Vice-Chair, National Intelligence Council (ret.); *Robert M. Furukawa*, Captain, Civil Engineer Corps, USNR (ret.); *Philip Giraldi*, CIA, Operations Officer (ret.); *Mike Gravel*, former Adjutant, top secret control officer, Communications Intelligence Service; special agent of the Counter Intelligence Corps and former United States Senator, *John Kiriakou*, former CIA Counterterrorism Officer and former Senior Investigator, Senate Foreign Relations Committee; *Karen Kwiatkowski*, former Lt. Col., US Air Force (ret.), at Office of Secretary of Defense watching the manufacture of lies on Iraq, 2001-2003; *Edward Loomis*, NSA Cryptologic Computer Scientist (ret.); *Ray McGovern*, former US Army infantry/intelligence officer & CIA presidential briefer (ret.); *Elizabeth Murray*, former Deputy National Intelligence Officer for the Near East & CIA political analyst (ret.); *Pedro Israel Orta*, CIA Operations Officer & Analyst; Inspector with IG for the Intelligence Community (ret.); *Todd E. Pierce*, MAJ, US Army Judge Advocate (ret.); *Scott Ritter*, former MAJ., USMC, former UN Weapon Inspector, Iraq; *Coleen Rowley*, FBI Special Agent and former Minneapolis Division Legal Counsel (ret.); *Kirk Wiebe*, former Senior Analyst, SIGINT Automation Research Center, NSA; *Sarah G. Wilton*, CDR, USNR, (ret.); Defense Intelligence Agency (ret.); *Robert Wing*, U.S. Department of State, Foreign Service Officer (former) (associate VIPS); *Ann Wright*, U.S. Army Reserve Colonel (ret) and former U.S. Diplomat who resigned in 2003 in opposition to the Iraq War.

Quelle: Copyright © Veteran Intelligence Professionals for Sanity, *Antiwar.com* vom 6. April 2021

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Joe Biden rekrutiert Vasallen

von Manlio Dinucci, Italien



Manlio Dinucci
(Bild zvg)

Joe Biden hatte es in seinem Wahlprogramm angekündigt: «Während Präsident *Trump* Verbündete und Partner im Stich gelassen und die amerikanische Führungsrolle aufgegeben hat, werde ich als Präsident sofort Massnahmen ergreifen, um die

Allianzen der Vereinigten Staaten zu erneuern und sicherzustellen, dass Amerika ein weiteres Mal die Welt anführt.» Er hat sein Versprechen gehalten. Der Flugzeugträger *Dwight D. Eisenhower* und seine Kampfgruppe, bestehend aus fünf Raketenwerfern (missile launchers), «haben Positionen des Islamischen Staates in Syrien und im Irak vom östlichen Mittelmeer aus angegriffen», da der Islamische Staat «die Verantwortung für einen Angriff auf Palma in Mosambik übernommen hat». Die US-Marine gab dies am 31. März offiziell bekannt, ohne zu erklären, wie der IS, der in Syrien und anderswo vor allem nach der russischen Intervention besiegt wurde, nun mit verdächtiger Pünktlichkeit bedrohlich wieder auftaucht.

Nach dem Angriff aus dem östlichen Mittelmeer – Gebiet der Seestreitkräfte des *United States European Command* mit dem Hauptquartier in Neapel Capodichino – durchquerte der Flugzeugträger *Eisenhower* am 2. April den wiedereröffneten Suezkanal und kam in das Gebiet des *US Central Command*, das den Persischen Golf umfasst. Hier schloss er sich dem französischen Flugzeugträger *Charles de Gaulle* an, der auf Wunsch Washingtons am 31. März das Kommando über die *US-Task Force 50* übernahm, nicht für den Einsatz gegen den IS, sondern in Wirklichkeit gegen Iran.

Die Tatsache, dass Washington Paris gebeten hat, mit seinem Flaggschiff eine US-Marineeinheit zu führen, fällt in die Politik der Biden-Präsidentschaft, die immer noch die Kontrolle über die Befehlsherkette behält, da die *Task Force 50* vom *US Central Command* abhängt.

Dies wird durch die von der US Army geplante Warfighter-Übung bestätigt, die vom 6. bis 15. April 2021 von US-amerikanischen, französischen und britischen Divisionen in Fort Hood und Fort Bliss in Texas, in Fort Bragg in North Carolina und in Grafenwöhr in Deutschland durchgeführt wurde. Bei dieser Übung operierten französische und bri-

tische Brigaden innerhalb einer US-Division, während US-Brigaden innerhalb französischer und britischer Divisionen operierten, jedoch immer nach dem US-Plan. Die Warfighter-Übung integriert die derzeit laufende Grossübung *Defender-Europe 21*, die die US-Armee in Europa und Afrika bis Juni zusammen mit europäischen und afrikanischen Verbündeten und Partnern durchführen wird, um «die Fähigkeit der Vereinigten Staaten als strategischer Partner auf dem Balkan und im Schwarzen Meer, im Kaukasus, in der Ukraine und in Afrika» zu demonstrieren.

Das soeben in Fort Knox (Kentucky) reaktivierte V. Korps der US-Armee nimmt an *Defender-Europe 21* teil und hat sein Kommando-Hauptquartier in Poznan (Polen) eingerichtet, von wo aus es die Operationen gegen Russland leitet. Am 31. März wurde der polnische General *Adam Joks* auf Wunsch der Vereinigten Staaten zum stellvertretenden Kommandeur des V. Korps der US-Armee ernannt. «Es ist das erste Mal», berichtet die US-Botschaft in Warschau, «dass ein polnischer General in die militärische Kommandostruktur der Vereinigten Staaten eingetreten ist.» Mit anderen Worten: General *Adam Joks* gehört weiterhin zur polnischen Armee, ist aber als stellvertretender Kommandeur des

V. Korps der US-Armee nun direkt der Befehlsherkette unterstellt, an deren Spitze der Präsident der Vereinigten Staaten steht.

Die neuen Sicherheitskräfte-Unterstützungsbrigaden, Spezialeinheiten der US-Armee, die «ausländische Sicherheitskräfte organisieren, ausbilden, ausrüsten und beraten», fallen unter dieselbe Politik. Sie werden «zur Unterstützung einer legitimen Regierungsbehörde» im Nahen Osten, in Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa eingesetzt, derzeit im Rahmen von *Defender-Europe*. Sie sind ein effektives Instrument, um unter dem Deckmantel der «Unterstützung» de facto militärische Operationen unter US-Kommando zu starten. Das erklärt, warum der ukrainische Generalstabschef *Ruslan Chomtschak* nach einer relativen Atempause am 1. April erklärte, die Kiewer Armee bereite sich «auf die Offensive in der Ostukraine vor», also gegen die russische Bevölkerung im Donbass, auch unter Einsatz von «territorialen Verteidigungskräften» (wie dem Neonazi-Regiment *Asow*), und bei dieser Operation sei «die Beteiligung von Nato-Verbündeten vorgesehen».

Quelle: *Il manifesto* vom 6. April 2021

(Übersetzung *Zeit-Fragen*, wobei einige Zeitangaben angepasst wurden)

«Alternativen zum «Great Reset»

Fortsetzung von Seite 2

Und dass wir ganz zum Schluss, wenn wir uns auf eine Lösung geeinigt haben, sagen: So, jetzt setzen wir uns gemeinsam hin und spielen durch, wie das in der Realität funktionieren kann. Nicht, dass es lauter Hirngespinnste bleiben, wo wir sagen, es wäre ideal, wenn wir kein Geld mehr bräuchten, es wäre ideal, wenn wir einander schenkten, ideal, wenn der allgemeine Wohlstand allgemein garantiert wird. Das ist für mich zu allgemein. Ich bin ein alter Praktiker, und ich würde daher sagen, wir müssen, wenn wir uns geeinigt haben, uns auf Prüfungsgremien und Prüfungssitzungen einigen, um zu sehen, ob unser Ansatz tatsächlich anwendbar und fruchtbar ist.

Ein Land wie die Schweiz macht es ein Stück weit vor

Ein Land wie die Schweiz macht es ein Stück weit vor. Bei allen Unvollkommenheiten, die

Schweiz ist eher gemeinwohlorientiert, weil die Bürger ein Stimmrecht haben. Ich würde sagen, ich wünsche mir eine demokratiegerechte Wirtschaft, und nicht, wie Frau *Merkel* gesagt hat, eine marktgerechte Demokratie. Das ist in Wirklichkeit die Kapitulation der Demokratie. Ich würde also sagen: Eine Demokratie nach Schweizer Muster, die die Bremse der Volksentscheidung hat, die stark dezentralisiert ist, die Entscheidungen bei den Bürgern lässt und nicht unbedingt nur bei den Experten.

Schliesslich: Auf die Frage «Das nützt ja alles nichts, wo ist deine Machtposition?» sage ich immer nach *Victor Hugo*: Es gibt nichts Stärkeres als eine Idee, für die die Zeit reif ist. *Abraham Lincoln* hat das sehr schön auf den Punkt gebracht: «Ihr könnt das Volk eine Zeit lang anlügen, aber nicht auf die Dauer.»

Herr Professor Wohlmeyer, vielen Dank für das Gespräch.

¹ *Colonial Scrip* (wörtlich Berechtigungsschein, Zahlschein der Kolonie) war ein Papiergeld, das von den Kolonien in der Vorrevolutionszeit bis 1775 ausgegeben wurde, im Gegensatz zur Münze. Es war ein völlig anderes Geld als die kontinentale Währung, die während der amerikanischen Revolution ausgegeben wurde, um die Kriegsanstrengungen zu finanzieren, und schnell an Wert verlor. *Colonial Scrip* war nicht durch Gold oder Silber gedeckt, und daher konnten die Kolonien seine Kaufkraft kontrollieren. Dies war ein revolutionäres Konzept in der Wirtschaft, da das konventionelle europäische merkantilistische Geldsystem von den Regierungen verlangte, sich bei Banken zu verschulden und für diese Kredite Zinsen zu zahlen, da Gold und Silber die einzigen angesehenen Geldformen waren. Dies ist bekannt als das auf Schulden basierende Geldsystem, in dem Banknoten «Schuldscheine» sind. *Colonial Scrip* hingegen waren «bills of credit», die von der Regierung geschaffen wurden und auf dem Kredit dieser Regierung basierten, was bedeutete, dass für die Einführung von Geld keine Zinsen zu zahlen waren. Dies trug erheblich dazu bei, die Ausgaben der Kolonialregierungen zu decken und den Wohlstand zu erhalten. Die Regierungen verlangten niedrige

Zinsen, wenn sie dieses Papiergeld an ihre Bürger ausliehen, wobei Land als Sicherheit diente, und diese Zinseinnahmen senkten die Steuerlast der Menschen und trugen zum Wohlstand bei. Die Währung entstand, als ein Mangel an Gold und Silber in den Kolonien den Handel erschwerte und ein Tauschsystem vorherrschte. Nach und nach begannen die Kolonien, ihr eigenes Papiergeld herauszugeben, das als Tauschmittel dienen sollte, um den Handel in Schwung zu bringen. Die Regierungen konnten dann überschüssige Scheine aus dem Verkehr ziehen, indem sie das Volk besteuerten, was einigen Kolonien half, eine Inflation generell zu vermeiden. Jede Kolonie hatte ihre eigene Währung und einige wurden besser verwaltet als andere. Diese Währungen wurden vom englischen Parlament im *Currency Act* verboten, nachdem *Benjamin Franklin* dem britischen *Board of Trade* die Vorteile dieser Währung erläutert hatte. Das Verbot des umlaufenden Mediums verursachte eine Depression in den Kolonien, und Franklin und viele andere glaubten, dass dies die wahre Ursache der amerikanischen Revolution war.

² Das lateinische Wort «pecunia» für Geld, Eigentum, Vermögen, Münze ist abgeleitet vom lateinischen Wort «pecus» für Vieh.

Chef des Southern Command der US-Streitkräfte besucht Uruguay und Argentinien

von Stella Calloni, Argentinien

gl. Als Alberto Fernández das Präsidentenamt in Argentinien im Dezember 2019 übernahm, stand das Land erneut kurz vor dem Staatsbankrott. 40% der Bevölkerung lebten unter der Armutsgrenze, die Inflationsrate betrug über 50%. Zwei Monate nach seinem Amtsantritt erlebte das Land die erste Welle der Corona-Pandemie, mittlerweile leidet es schwer unter der zweiten Welle.

Fernández' Vorgängerregierung von Mauricio Macri hatte das Land in den nur vier Jahren ihrer Amtszeit nach den alten Rezepten des Neoliberalismus ruiniert, den mühevollen Wiederaufbau der vergangenen 15 Jahre zunichte machend: Massenentlassungen in Staatsbetrieben, exorbitante Preiserhöhungen von Strom, Wasser und öffentlichem Nahverkehr, massive Erhöhung der Lebensmittelpreise. Macri hatte sich bereit erklärt, die verbliebenen Alt-Schulden an nicht umschuldungsbereite Hedgefonds zurückzuzahlen, hob sämtliche Kapitalverkehrskontrollen auf und erhielt vom IWF den grössten Kredit, den dieser jemals vergeben hat, in der Höhe von insgesamt 57 Milliarden Dollar. Heute sind die Umschuldungsverhandlungen mit dem IWF noch im Gange und nehmen die Regierung sehr in Anspruch, neben der Bewältigung der Covid-Pandemie.

Der Chef des Südkommandos der US-Streitkräfte, Admiral Craig Faller, kam am 7. April, aus Uruguay kommend, in Argentinien an. Am nächsten Tag traf er sich mit Verteidigungsminister Agustín Rossi und seinem Team

für internationale Angelegenheiten zu einer «humanitären Tour, um im Namen des Pentagons drei Feldlazarette zu spenden, die Argentinien bei den gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie unterstützen sollten», so die US-Botschaft.

Laut einer Analyse des digitalen Portals *Infobae*, das direkte Informationen aus den USA erhält, «hat Fallers Besuch in Argentinien bei dieser Gelegenheit einen dreifachen diplomatischen Zweck: deutlich zu machen, dass sich die demokratische US-Regierung nicht von der argentinischen Regierung distanzieren wird auf Grund ihrer Entscheidung, der Lima-Gruppe¹ den Rücken zu kehren; die Position des Weissen Hauses in bezug auf diese Länder zu festigen und diesen Besuch in einen eindeutigen geopolitischen Kontext zu stellen».

Hinter dem Besuch stünde auch das Verfolgen der sogenannten «Impfdiplomatie», die Russland und China mit Argentinien unterhalten. Ohne die Impfstoffe von *Sinopharm* und *Sputnik V* stünde Präsident Alberto Fernández angesichts der zweiten Welle des Coronavirus vor einem sozialen Chaos, und «diese geschwächte Situation der Gesundheitsversorgung, die das Pentagon und das State Department als Zeichen der Abhängigkeit von Wladimir Putin und Xi Jinping charakterisieren, werde die Gespräche von Faller überlagern», sagt der Analyst *Edgardo Aguilera*.

Während seines Besuchs in Uruguay übergab Faller neben anderen medizinischen Gütern ebenfalls drei Feldlazarette im Wert von 4,8 Millionen Dollar als Spende, was einen starken

Protest von Gewerkschaftssektoren und linken politischen Parteien auslöste, die die zahlreichen Einmischungsaktionen des Südkommandos der USA in ihrem Land verurteilten.

Im Hinblick auf die Schenkung von drei Feldlazaretten an sein eigenes Land fügt Aguilera hinzu: «Argentinien verfügt bereits über den Einsatz von mobilen Krankenhäusern grösserer Dimension: eines von der argentinischen Luftwaffe und zwei, die von der Volksrepublik China an die argentinische Armee abgetreten wurden; 13 Container mit eigenen Lastwagen im Wert von fast 5 Millionen Dollar kamen Anfang des Jahres im Land an.»

In Übereinstimmung mit anderen Analysten erklärt er, dass Fallers Reise in die Hauptstadt Feuerlands Ushuaia Teil eines geopolitischen Schachzugs ist, und erinnert daran, dass der Admiral am 24. März letzten Jahres «während einer Konferenz, die vom *William J. Perry Center for Hemispheric Defense Studies* organisiert wurde, über chinesische Fischereiflotten und illegale Fischereiaktivitäten sprach und sagte, dass kein Land diesen Bedrohungen alleine begegnen könne». Man könnte sagen, es sei nicht die Fischerei oder der Tintenfisch, es sei China.

Aguilera wies darauf hin, dass «im vergangenen Februar im strategischen Interesse der USA der erste Schritt in der Operation *Kreuz des Südens* mit dem Einsatz des modernen Küstenwachschiffs *Stone* gemacht wurde. Die erste Patrouille der Küstenwache in Südamerika dient dem Aufbau regionaler maritimer Sicherheitspartnerschaften und der

Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei im Südatlantik.»

Der Südatlantik steht derzeit unter den zunehmend ehrgeizigen Blicken der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens sowie vor der Gier internationaler Unternehmen, die sich riesige Gebiete mit Ressourcen im geostrategisch bedeutsamen Südatlantik aneignen wollen. •

¹ Die Lima-Gruppe ist ein Zusammenschluss einer Reihe von Ländern Lateinamerikas, die den Sturz der Regierung von Venezuela unterstützen.

Quelle: <https://www.msn.com/es-mx/noticias/mundo/lega-jefe-del-comando-sur-a-argentina/rr-BB1fpHJb> vom 7. April 2021

(Übersetzung Zeit-Fragen)

gl. Der frühere argentinische Präsident Mauricio Macri schloss mit dem US-Südkommando ein sogenanntes «Sicherheitsabkommen» ab. Dabei wurde auf ein Dekret von 1995 zurückgegriffen, mit dem der damalige Präsident Carlos Menem die Einrichtung einer US-amerikanischen Militärbasis zur Überwachung von Nuklearexplosionen in Tolhuin auf Feuerland, dem Süzipfel Argentinien, zugesichert hatte. Auch die Errichtung einer Logistikbasis in Ushuaia wurde angekündigt.

Bereits 2017 hatten US-Diplomaten unter Hinweis auf die Investitionen der multinationalen Konzerne *Chevron* und *Exxon Mobil* in den Ölfeldern von Vaca Muerta den Standort dieser «Basis» überprüft.

Wenn sie nicht mehr weiter wissen, machen sie Krieg

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.



Eberhard Hamer
(Bild zvg)

Das erste Crash-Buch 2000¹ sah nur drei Crash-Gründe: die Spekulationsblase, die Inflationsblase und einen Sozialcrash. Deshalb wurde 2017 eine Neubearbeitung notwendig², weil ein bis dahin unbedeutender Crash-Grund zunehmend wahrscheinlicher geworden ist: Krieg.

Immer in der Geschichte haben vor allem Monarchen, Diktatoren und Grossbanken einen Krieg als aussenpolitische Lösung versucht, wenn sie innenpolitisch unter Druck geraten waren, z. B. *Napoleon*, *Hitler*, *Stalin*, *Churchill*. Die Erklärung eines Krieges macht es nämlich möglich, durch Kriegsnotstandsgesetze die entstandenen innenpolitischen Schwierigkeiten zu überrollen, z. B. soziale Unruhen zur Kriegssolidarität zu zwingen, wirtschaftliche Krisen durch Kriegsproduktion zu lösen, nationale Verschuldungsprobleme durch Kriegsanleihen und Kriegverschuldung zu überspielen und vor allem eine politisch gescheiterte Regierung noch im Amt zu halten. Selbst der Friedensnobelpreisträger *Obama* hat Kriege geführt, um der amerikanischen Rüstungsindustrie Absatz, der Finanzindustrie Finanzierungsmöglichkeiten und den Rohstoffkartellen (Öl) ihre Weltmonopolstellung zu erhalten.

Wirtschaftliche Gründe stehen regelmässig im Vordergrund: Der Ölkrieg der USA im Irak und in Syrien, aber auch der Wirtschaftskrieg gegen Iran, Venezuela, Libyen.

Letztlich ist auch das Kriegsbündnis Nato nach eigenem Verständnis ein Herrschaftsinstrument, «to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down!», und kann die Nato eigentlich ihre – von *Macron* und vielen anderen bestrittene – Existenz nur als Ostangriffspakt mit ständig wiederkehrenden Behauptungen russischer Aggression rechtfertigen.

Die amerikanische Politik selbst hat ihren Schwerpunkt in der Aggression gegen China, weil die wachsende Wirtschaftsmacht China die USA zu überholen droht und nach Ansicht des US-Militärs dagegen «eine militärische Auseinandersetzung so früh wie möglich» nötig sei.

Kriegsgefahren bestehen also um uns herum nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch und sogar konkret.

Bisher sind von den USA ständig Kriege geführt worden, aber meist Wirtschaftskriege und regional begrenzte Kriege. Letztlich führen die USA auch Wirtschaftskrieg gegen Deutschland, zum Beispiel im Fall *Nord Stream 2* und mit der Totalspionage ihres Geheimdienstes über unsere gesamte Wirtschaft und unsere Digitalnetze.

Zu einem Weltkrieg aber könnte es wieder kommen, wenn die Welt-Geldblase zu platzen droht.

Bis 1971 (Goldstandard) war die Stabilität und Solidität unserer Währung Aufgabe der Zentralbanken. Seitdem hat die Politik ihre Möglichkeit, die Vorstände der Zentralbanken zu berufen, zu einer Herrschaft über die Zentralbanken ausgebaut – meist mit Angestellten des Weltfinanzsyndikats, wie die Amerikaner mit *Yellen*, die Italiener mit *Draghi* oder die EU mit *Lagarde*³. Unter politischem Druck haben die Zentralbanken die Geldmenge für alle politischen Zwecke ausgeweitet, geflutet und in der Corona-Krise sogar multipliziert, so dass 6 Billionen Schulden entstanden sind, die nie mehr zurückgezahlt werden können, sondern als «ewige Schulden» (*Soros*) nur durch galoppierende Inflation und Währungs-crash wieder konsolidiert werden könnten.

Bei einer solchen Überschuldung können viele Länder der Erde nur noch überleben, solange die Zentralbanken den Nullzins halten können. Sobald jedoch in Wirtschaft und Bevölkerung in Erkenntnis der Überschuldung und der kommenden Entwertung des Geldes eine Flucht in die Sachwerte beginnt und dadurch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wieder zunimmt, kommt es zwangsläufig zu galoppierender Inflation, zu Zinserhöhung und zu Zahlungsunfähigkeiten wichtiger Länder wie Japan, den USA, Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich usw. Das führt zwangsläufig zum Finanzkollaps von Banken, der Währung, von Staaten, also zum weltweiten Crash, mit Ausnahme der nicht im westlichen Finanzsystem verhafteten Währungen wie Rubel und Yuan.

Ehe sich grosse Länder einem Finanzkollaps unterwerfen, werden sie versuchen, ein aussenpolitisches Ventil zur Neutralisierung der Schwierigkeiten und zur Ablenkung der Bevölkerung zu finden: einen Krieg. Dies

hält eine gescheiterte Regierung zumindest noch eine Zeit lang im Amt.

Zurzeit baut sich eine unsinnige Spirale auf:

1. Die USA stehen mit einer innerhalb nur eines Jahres erfolgten Verdopplung ihrer Schulden finanziell mit dem Rücken an der Wand. Die Finanzindustrie braucht hierfür irgendeine Lösung.

Und der die amerikanische Industrie zu 70% dominierende militärisch-industrielle Komplex braucht dringend Absatz und Rechtfertigung.

Der amtierende US-Präsident ist von lauter Hardlinern aus Finanzindustrie (*BlackRock*) und Militär umgeben, die gemeinsam Hass gegen Russland verbreiten und *Putin* sogar abfällig als Mörder bezeichnen.

2. Eine grandiose militärische Aufrüstung der Ukraine ist bereits abgeschlossen. Der ukrainische Präsident und Komiker *Selenski* hat die Zustimmung verloren und deshalb Kampf gegen den Donbass «im Mai» versprochen. US-Präsident *Biden* hat Ende März seinem Kollegen *Selenski* «unbedingten Rückhalt» versprochen.

3. Die Polen wurden gleichfalls ermuntert, den Weiterbau der russischen Nord-Stream-2-Leitung durch U-Boot- und Schiffsverkehr nachhaltig zu stören.

4. Georgien hat der Nato am 3. April 2021 Solidarität bei einem Kampf gegen Russland versichert.

5. Die allgemeine Fokussierung auf die Corona-Pandemie könnte ein Ablenkungsmanöver sein, hinter dem sich eine viel gefährlichere Spannung versteckt, nämlich der Abstiegskampf der sich auflösenden Weltmacht USA gegenüber einer inzwischen tüchtigeren Konkurrenz (China), mit welcher eine militärische Auseinandersetzung nach Ansicht des amerikanischen Militärs und der Regierung «unausweichlich» sei, und die US-Finanzindustrie ist der Ansicht, dass das Problem Russland jedenfalls vorher gelöst werden müsse.

Der Autor hat noch Krieg erlebt und weiss, wie fürchterlich ein Krieg und dessen Folgen sind, versteht deshalb die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber der wachsenden Kriegsgefahr nicht.

Wenn Regierungen rhetorisch, wirtschaftlich und militärisch aufrüsten, müsste die Bevölkerung auf Abrüstung und Frieden in allen Bereichen drängen. Es geht nicht mehr um Klimaschutz, Gender oder Feminismus,

sondern um Krieg und Frieden, um Tod oder Leben für Millionen Menschen, was durch einen einzigen Kurzschluss bei aufgeheizter Situation losbrechen könnte.

Für die Wirtschaft bedeutet dies zugleich, dass man über die Folgen nachdenken muss, wenn tatsächlich die Ukraine im Mai den Donbass überfallen sollte und damit möglicherweise einen Krieg auslöst, der ganz Europa und auch uns beteiligen wird. Immerhin hat das Nato-Grossmanöver *Defender Europe 21* Deutschland als Kampfgebiet vorgesehen und sogar Atomwaffen eingeschlossen.

Wir stehen nicht mehr abseits der Gefahr, sondern mittendrin! Wer jetzt nicht warnt, wird selbst schuldig! •

¹ vgl. Hamer, Eberhard. *Was passiert, wenn der Crash kommt?* Stuttgart 2000

² vgl. Hamer, Eberhard. *Der grosse Crash-Ratgeber*. Rottenburg a. N. 2017

³ Obwohl diese nicht fachlich qualifiziert und rechtskräftig wegen Korruption vorbestraft war.

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

«China-Strategie» des Bundesrates

Kein Ruhmesblatt für die neutrale Schweiz

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

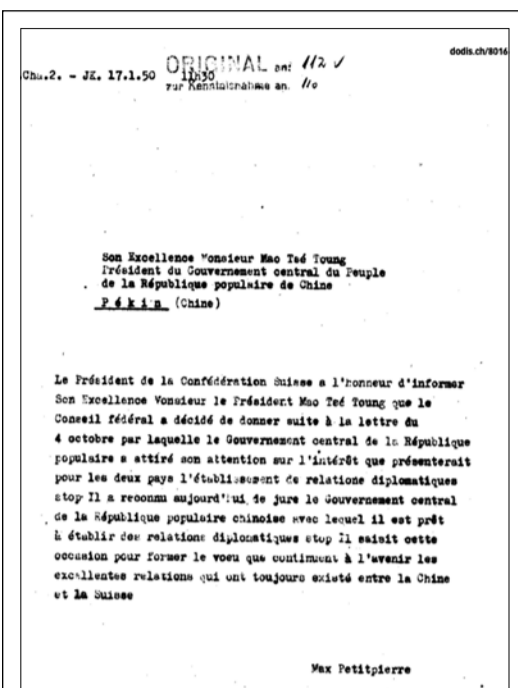
Grossmächte pflegen nicht leise abzutreten, wenn andere Staaten an ihrer über Jahrzehnte oder Jahrhunderte angemessenen Weltherrschaft kratzen. Dies demonstriert in diesen Tagen die neue amerikanische Regierung, die auch auf unserem Kontinent von vielen Medien- und anderen Stimmen als Befreier vom «ungehobelten Benehmen» der Vorgängerregierung und von deren «Entscheiden eines Verrückten» bejubelt worden war. Doch neben dem, was Joe Biden und seine Mannschaft sich bereits gegenüber den beiden Grossmächten im Osten geleistet haben, verblasst Donald Trumps Getöse. So liess die «Begrüssungsrede», mit der die US-Regierung ihre geladenen chinesischen Gäste empfing, jeden Anstand vermissen und gab nicht gerade ein positives Bild der «westlichen Werte» ab – gerade im Vergleich zur hochstehenden Kultur, wie in Asien Gäste empfangen werden.

Besonders beunruhigend muss aber für uns Europäer die Erkenntnis sein, dass sich das Gros der hiesigen Politiker und Medien nicht von den rüden und für den Weltfrieden beängstigenden Machtdemonstrationen des «sanften» Joe Biden und seiner Berater abgrenzt. Statt dessen attackieren sie pausenlos die russische und die chinesische Regierung, die es wagen, unmissverständlich dagegezuhalten: Durch euch lassen wir uns nicht vom eigenen Weg abbringen, wie wir uns in unserem Land und in der Welt bewegen wollen – kehrt ihr zuerst vor eurer eigenen Tür!

Dass Washington alles unternimmt, um im Kampf gegen die beiden wichtigsten Rivalen die Nato-«Partner» und die EU vor seinen Karren zu spannen, ist das eine. Dass die Schweiz von den USA und der EU bedrängt wird, sich ebenfalls vor ihren Karren spannen zu lassen, ist auch nichts Neues. Aber dass der Bundesrat einknickt und sich mit seiner neuen «China-Strategie» über das Gebot der Neutralität hinwegsetzt, dürfen wir Bürgerinnen und Bürger nicht akzeptieren. Ebenso befremdlich ist die Positionierung der Schweizer Mainstream-Medien, welche diese Neutralitätswidrige Tendenz nicht nur unterstützen, sondern den Bundesrat zur völligen Übernahme auch der Sanktionen Washingtons und Brüssels anstacheln.

Konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und China seit 70 Jahren

Am 19. März 2021 hat der Bundesrat seine «China-Strategie» veröffentlicht.¹ Damit strebe er eine bessere Koordination an zwischen den vielen Bundesämtern, den Kantonen, Hochschulen, Unternehmen und anderen Organisationen, die mit China zu tun haben (Strategie, S. 3). Oder eher eine bessere Kontrolle über das Tun und Lassen der einzelnen Stellen? Nach einem Überblick und einer geopolitischen Auslegung wird in Kapitel 3 «Die Schweiz und China» zunächst die seit 70 Jahren aufgebaute und beiderseits geschätzte Beziehung zwischen den zwei Staa-



mw. Telegramm von Bundespräsident Max Petitpierre an den chinesischen Präsidenten Mao Tse Tung vom 17.1.1950 (dodis.ch/8016). Als Antwort auf den Brief der chinesischen Regierung vom 4.10.1950 erklärt die Schweiz ihre Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China. Der schweizerische Bundespräsident «ergreift diese Gelegenheit, um dem Wunsch Ausdruck zu geben, dass die exzellenten Beziehungen, die immer zwischen China und der Schweiz bestanden haben, auch in Zukunft fortbestehen mögen.»

ten gewürdigt: «Als einer der ersten westlichen Staaten anerkannte die Schweiz 1950 die Volksrepublik China. Seit Anfang der 1980er Jahre haben sich die bilateralen Beziehungen mit China in allen Bereichen gefestigt und eine bemerkenswerte Intensität erreicht. Sie decken unterschiedliche Bereiche wie Politik, Menschenrechte, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Wissenschaft und Technologie, Bildung, Umwelt, Migration und Kultur ab. Seit 2010 ist China der wichtigste Handelspartner der Schweiz in Asien. 2005 identifizierte der Bundesrat China als eines von heute acht globalen Schwerpunktländern für die Aussenpolitik der Schweiz.» (Strategie, S. 15)

Gemäss Tagespresse planen dieses Jahr gleich vier Bundesräte Reisen nach China – sofern dies auf Grund der Pandemie möglich ist: Bundespräsident Guy Parmelin mit einer Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegation, Ignazio Cassis zum jährlichen Dialog mit dem chinesischen Aussenminister, Ueli Maurer reist als Chef des Finanzdepartements alle zwei Jahre nach Beijing, und Bundesrätin Simonetta Sommaruga will im Herbst am Gipfel zur Uno-Biodiversitätskonvention in Kunming teilnehmen (siehe «Neue Zürcher Zeitung» vom 12.4.2021). Ein reger Kontakt

findet also auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene statt.

Vor dem Hintergrund der guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten wiegt es um so schwerer, dass in der China-Strategie des Bundesrates auch mehrere Aussagen stehen, die diesen Beziehungen ohne Not Schaden zufügen. Damit verlässt der Bundesrat bewusst den Pfad der Neutralitätspolitik.

Einmischung der Schweiz in die inneren Angelegenheiten Chinas

Der Bundesrat anerkennt in der «China-Strategie» einerseits die grosse Leistung Chinas bei der Bekämpfung der Armut: «Hunderte von Millionen Menschen konnten sich innert weniger Jahrzehnte aus der Armut befreien. Somit leistet China einen wesentlichen Beitrag zur globalen Armutsreduktion.» (Strategie, S. 8) Andererseits kritisiert er das chinesische Staatssystem und verschiedene Verletzungen der Menschen- und Minderheitenrechte deutlich. China sei ein De-facto-Einparteienstaat unter Führung der KPC, ohne Gewaltentrennung und mit einem staatskapitalistischen Wirtschaftsmodell. Die Digitalisierung werde auch zur Disziplinierung der Bevölkerung genutzt (Strategie, S. 8). Und: «Die Menschenrechtslage in China hat sich verschlechtert.» Dies betreffe namentlich die Rechte von ethnischen Minderheiten (Uiguren, Tibeter), aber auch stärkere Einschränkungen der Meinungs- und Medienfreiheit und der demokratischen Institutionen in Hongkong gemäss dem chinesischen Sicherheitsgesetz vom Juli 2020 (Strategie, S. 8). Die chinesische Botschaft in Bern wies in ihrer Stellungnahme vom 22. März diese Kritik zurück: Mit ihren Anschuldigungen und Angriffen auf das politische System, die Minderheitenpolitik und die Menschenrechtslage Chinas sende die Schweiz falsche Signale an die Aussenwelt. Dies wirke sich negativ auf die gesunde Entwicklung der Beziehungen zwischen China und der Schweiz aus.²

Das Staatssystem und die Menschenrechtspolitik Chinas und der Schweiz sind zwei verschiedene Paar Schuhe, wie auch die chinesische Botschaft festhält. Dies gilt aber auch für zahlreiche andere Staaten. Das Schweizer Neutralitätsprinzip beinhaltet gerade, dass die Schweiz mit allen Staaten der Welt diplomatische Beziehungen hat und diese so pflegt, dass sie sich als allseits geachteter und bündnisfreier Staat Gehör verschaffen kann. Indem wir einen anderen Staat brüskieren, erschweren wir die Zusammenarbeit und mindern die Chancen der Guten Dienste der Schweiz. Es ist «gschämig», dass uns die chinesische Botschaft darauf aufmerksam machen muss.

Eigenständige Schweizer Aussenpolitik sieht anders aus

In seiner «China-Strategie» beteuert der Bundesrat zwar wiederholt, eine eigenständige Aussenpolitik, auch gegenüber China, betreiben zu wollen, und er erklärt auch, dass dies für die Vertrauenswürdigkeit der neutralen Schweiz unabdingbar sei – aber er bleibt nicht dabei.

Neutralität «von Fall zu Fall»?

ev. Bezüglich Guantánamo ist man sich in der Einschätzung zwar einig, aber Sanktionen gegen verantwortliche Einzelpersonen oder Staaten? Fehlzanzeige.

Alt Ständerat und Europaratsabgeordneter Dick Marty legte dar: Es gab Entführungen der US-Geheimdienste, unterstützt von europäischen Diensten, und – zum Teil an Dienste anderer Staaten delegierte – Folterungen. Sanktionen? Weder von der EU, noch von der Schweiz.

«Verteidigt» man heute Menschenrechte wahlweise auf Kommando des Stärkeren, dem man sich unterzieht?

Wie wäre es mit integraler Neutralität als Prinzip? Ohne Doppelmoral.

– Der bewährte Grundsatz: «Die Schweizer Aussenpolitik wird weiterhin eigenständig und universell ausgerichtet sein. Die Schweiz ist neutral, keinem Block zugehörig und dem Dialog mit allen Staaten verpflichtet.» (Strategie, S. 20)

– Der Knick: Die Schweiz müsse sich «im sich wandelnden Machtgefüge» positionieren (Strategie, S. 13). Und der Bundesrat «positioniert» die Schweiz, nämlich als Anhängsel der EU: «Europäische Staaten und die EU selbst vertreten oftmals ähnliche Positionen wie die Schweiz und bleiben ihre wichtigsten Partner. Unsere Werte sind häufig deckungsgleich. Geregelte Beziehungen mit der EU werden in der aktuellen geopolitischen Situation noch wichtiger, auch in manchen weltpolitischen Fragen drängt sich eine engere Koordination auf.» (Strategie, S. 20; Hervorhebung mw)

Also strebt der Bundesrat eine gemeinsame Aussenpolitik mit der EU an?! In der «Neuen Zürcher Zeitung» wird in diese Richtung nachgedoppelt: Die China-Strategie des Bundesrates sei zwar «zurückhaltend» und enthalte «hauptsächlich Empfehlungen», so Redaktor Georg Häslar Sansano, aber immerhin solle die «Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern im Bereich der inneren Sicherheit» gestärkt werden. Häslar deutet dies gleich nach seiner Lesart aus: «– sprich: Die Schweiz ist sicherheitspolitisch Teil des Westens. In einer vernetzten Welt kreieren sture Alleingänge gefährliche Lecks.»³

Leider, muss man sagen, ist die Schweiz tatsächlich bereits viel zu stark in die politisch-militärischen Blöcke des Westens eingegliedert, obwohl unsere Werte ganz und gar nicht «deckungsgleich» sind: Das Neutralitätsprinzip steht einer Eingliederung der Schweiz in die Sicherheitspolitik der EU/Nato diametral entgegen. Dass Schweizer Offiziere wie Oberstleutnant Häslar Sansano sich um das Neutralitätsgebot füttern, ist nicht tolerierbar.

– Der ideologische Hintergrund: China trage mit den Infrastrukturprojekten seiner Belt-and-Road-Initiative viel zur Entwicklung zahlreicher Länder in Asien, Lateinamerika und Afrika bei, räumt der Bundesrat ein. Aber: China fügt sich nicht in das westliche Regelsystem der Entwicklungsfinanzierung und des Managements von OECD, IWF und Weltbank ein. Seine Aktivitäten seien nicht «transparent», und manche Empfängerländer hätten sich «gegenüber China in eine starke finanzielle Abhängigkeit begeben» (Strategie, S. 11). Es ist natürlich schon ärgerlich für die Wall Street und die Londoner City, dass viele ärmere Staaten sich ihre Strassen, Eisenbahnen und Stromleitungen lieber von China finanzieren lassen, als sich unter das Joch des IWF/Weltbank-Schuldenmanagements zu beugen.

Zurück zur Neutralitätspolitik – Menschenrechtsdialog mit China von gleich zu gleich wieder aufnehmen!

Seit 1991 haben China und die Schweiz laut der «China-Strategie» einen regelmässigen Menschenrechtsdialog geführt: «Der vertrauliche Menschenrechtsdialog bietet eine Plattform, um die Menschenrechtslage offen und

Neue EU-Sanktionsregelung – nicht für die neutrale Schweiz!

mw. Am 7. Dezember 2020 hat der Rat der Europäischen Union (Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten) eine Sanktionsregelung beschlossen, um «gezielt gegen Einzelpersonen, Organisationen und Einrichtungen – einschliesslich staatlicher und nicht-staatlicher Akteure – vorzugehen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße in der ganzen Welt verantwortlich sind, daran beteiligt sind oder damit in Verbindung stehen, wo auch immer sie begangen wurden.» Zu diesen Sanktionen gehören unter anderem ein Reiseverbot sowie das Einfrieren von Geldern. Zuständig zur Erstellung, Überprüfung und Änderung der Sanktionsliste ist der Rat der EU (mit Einstimmigkeit), auf Vorschlag eines Mitgliedsstaates oder des EU-Aussenbeauftragten.

Zu den mit EU-weiten Sanktionen zu bestrafenden Handlungen gehören neben den einschlägigen Verstößen gegen zwingendes Völkerrecht auch «willkürliche Festnahmen oder Inhaftierungen» sowie «andere Menschenrechtsverletzungen [...], sofern sie weit verbreitet sind, systematisch sind oder in

anderer Weise Anlass zu ernster Besorgnis» geben. [Hervorhebung mw!]

Wie kommen die EU-Staatschefs dazu, sich als oberste moralische Instanz für die ganze Welt aufzuspielen? Mit dieser neuen Regelung öffnen die EU-Staatschefs Tür und Tor für einseitige politische Entscheide. Zum Beispiel bei Polizeieinsätzen gegen Demonstranten – je nachdem, welche Regierung sie anordnet. Ein Versuch, den holprigen Weg zu einer strafferen politischen Union voranzutreiben? Ziemlich bunt gemischt sieht die EU-Sanktionsliste vom 22. März 2021 aus: Sie umfasst elf Personen und vier Organisationen aus China, Nordkorea, Libyen, Russland, Südsudan und Eritrea, plus vier weitere Russen, die bereits anfangs März sanktioniert wurden (Rat der EU. Pressemitteilung vom 22.3.2021). Dazu kommen die bereits 2020 verhängten Sanktionen gegen 88 Personen und 7 Organisationen in Belarus – «die für die anhaltende gewaltsame Unterdrückung und Einschüchterung von friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten, Oppositionsmitgliedern sowie Journalistinnen und Journalisten ver-

antwortlich sind», sowie gegen «prominente Geschäftsleute und Unternehmen, die vom Regime von Alexander Lukaschenko profitieren und/oder es unterstützen.» Ist es eine «schwere Menschenrechtsverletzung», wenn ein Unternehmer die gewählte Regierung seines Landes unterstützt? Und seit wann ist die «Prominenz» eines Menschen ein strafrechtlich relevantes Kriterium?

Mit der Schweiz hat das Ganze eigentlich nichts zu tun, oder? Was die Sanktionen gegen Menschen und Organisationen in Belarus betrifft, leider doch. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat sich nicht dazu hinreissen lässt, weitere Menschen gemäss EU-Liste zu sanktionieren. Müssen wir ihn wirklich daran erinnern, dass die Schweiz als neutraler Staat sich keinen Sanktionen der USA oder der EU anschliesen hat?

¹ Rat der EU. «EU nimmt globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte an». Pressemitteilung vom 7.12.2020

² Rat der EU. «Belarus: EU verhängt drittes Sanktionspaket wegen anhaltender Unterdrückung». Pressemitteilung vom 17.12.2020

«Ohne starken Mittelstand gibt es keine Demokratie und keine Marktwirtschaft»

Eberhard Hamer und Olaf Jörgens antworten auf die Frage: Wer ist Mittelstand?

von Ewald Wetekamp



Den Zeit-Fragen-Lesern ist Professor Eberhard Hamer durch seine Analysen der wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen nationalen und globalen Räume wohl bekannt. Als Gründer des Mittelstandsinstituts Niedersachsen in Hannover im Jahre 1975 sieht er seine Aufgabe darin, die Bedeutung des Mittelstandes für das Funktionieren einer tatsächlich freien Marktwirtschaft und eines wirklich existierenden Wettbewerbes am Markt herauszustellen. Er ist davon überzeugt, dass es ohne einen starken Mittelstand weder demokratische Verhältnisse noch einen freien marktwirtschaftlichen Wettbewerb geben kann.

Mittelstand als Motor gesellschaftlicher Entwicklungen

Dem Leser, der das gemeinsam mit Olaf Jörgens – der im übrigen auch schon bei früheren Büchern Eberhard Hamers Mitautor war – verfasste neue Buch, «Wer ist Mittelstand?»¹, zur Hand nimmt, sei vorab gesagt, dass er dieses Buch wie ein Nachschlagewerk, aber ebenso wie ein Lesebuch benutzen kann. So wird der Leser mit dem Blick auf die unternehmerische Persönlichkeit durch die Geschichte geführt. Die Unternehmerpersönlichkeit wird immer als innovativ, initiativ, verantwortungsbewusst, ideenreich sowie, bezogen auf die Gesellschaft, immer auch als gesellschaftstragend im positiven Sinne charakterisiert. Von der Antike übers Mittelalter, die Neuzeit, die Weimarer Republik bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland wird aufgezeigt, welche tragende Funktion der sich herausbildende Mittelstand in Europa und in Deutschland hatte. Von Karl dem Grossen über die Entwicklung der Marktflecken, der Freien Reichsstädte, von den Gilden und Zünften, der «Freiheit eines Christenmenschen», der Geburtsstunde der allgemeinen Schulpflicht und der Pädagogik, von Cromwell über die Freiheitsideale der Französischen Revolution, vom Übergreifen derselben nach Deutschland mit seiner 48er Revolution, von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis zur Niederschrift des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Existenz zweier deutscher Staaten – Hamer sieht in der Entwicklung Deutschlands zu einer Demokratie mit einer eindeutigen Grundentscheidung zugunsten persönlicher Freiheit, Selbstverantwortung und individueller Entscheidungskompetenz nicht nur die Grundlage einer freien Gesellschaft nach Recht und Gesetz, sondern ebenso sieht er darin die grundsätzlichen Bedingungen einer freien Marktwirtschaft mit frei agierenden Personalunternehmen, die ihren Platz in einem wirklich freien Wettbewerb am Markt behaupten können und müssen.

Mittelstand, Demokratie und personale Marktwirtschaft bedingen sich

Folgendes Zitat verdeutlicht sehr klar, wie Hamer die bürgerliche Mittelschicht versteht und welchen Herausforderungen und Gefahren sie sich gegenübersteht:

«Inzwischen ist die bürgerliche Mittelschicht von kleineren und mittleren Kaufleu-

ten oder Fabrikanten, von Landwirten und verschiedenen Dienstleistungsunternehmen (alter, selbständiger Mittelstand), von technischer Intelligenz, Verantwortungsträgern in Staats- und Privatverwaltungen sowie in Kultur, Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft (neuer Mittelstand der angestellten Bildungsbürger) als stärkste Funktionsgruppe für die Entwicklung und Stabilität der Gesamtgesellschaft von hervorragender, tragender Bedeutung. Deshalb wird sie auch als Garant für die den dezentralen Ordnungssystemen – Demokratie und Marktwirtschaft – zugrunde liegenden Grundentscheidungen persönlicher Freiheit, Selbstverantwortung und individueller Entscheidungskompetenz als unverzichtbar angesehen. Ohne starken Mittelstand gibt es keine Demokratie und keine Marktwirtschaft.» (S.21, Hervorhebung ew)

Mit dem letzten Satz hat dieses Buch das heutige Ringen um Demokratie und freie Marktwirtschaft thematisiert. Diese Auseinandersetzung zieht sich durch das gesamte Werk. Und sehr bald wird auch deutlich, dass Demokratie und Marktwirtschaft, die bürgerliche Gesellschaft mit ihren individuellen Grundfreiheiten eben nicht ein festes und unverrückbares Ordnungssystem darstellt, deren Bestand per se eine Ewigkeitsgarantie hätte. Es wird deutlich, dass genau darum gerungen werden muss.

Mittelstand aus soziologischer Sicht

Bevor die Autoren zu der genaueren Darlegung der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bedeutung des Mittelstandes kommen, beschäftigt sich Olaf Jörgens im zweiten Kapitel mit der Frage nach einer allgemein anerkannten Definition der sogenannten Mittelschicht. Dabei greift er auf die soziologischen Analysen seit dem 19. Jahrhundert zurück. Er legt die Analysen von Karl Marx, Max Weber und Theodor Geiger dar. Nach dem Zweiten Weltkrieg sieht er in Helmut Schelsky, Ralf Dahrendorf, Karl Martin Bolte und Rainer Geißler jene Vertreter des soziologischen Schichtenmodells, die er als Referenzen an gibt und darstellt. Ähnlich wie im ersten Kapitel, in dem Hamer durch die Geschichte streift, von der Antike bis zur Formulierung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, lernt der Leser die unterschiedlichen soziologischen Modellanalysen kennen, die sich bei der Definition des Mittelstandes mal nach dem Einkommen, mal nach dem Bildungsstand, mal nach der unternehmerischen Tätigkeit einer initiativen, selbstverantwortlichen, risikofreudigen und ideenreichen Persönlichkeit richtet. Dabei ist der mittelständische Unternehmer immer als Personalunternehmer seinen Angestellten, seinen Zulieferern und seinen Kunden in besonderer Weise verpflichtet.

Zusammenfassend kann man diesen Teil so wiedergeben, dass sich der gesellschaftliche Mittelstand aus dem selbständigen und dem angestellten Mittelstand zusammensetzt. So, wie der selbständige Mittelstand als selbstverantwortlicher Produzent von Waren oder Dienstleistungen am Markt auftritt, so sehen die Autoren im angestellten Mittelstand jene Personen, die Führungs- und Verantwortungs-

funktionsfunktionen ebenso wie ihre Entscheidungsfunktion in fremdem Namen ausführen.

Der Mittelstand in Zahlen

Im weiteren zeigen die Autoren auf, dass sich gerade der selbständige und unselbständige Mittelstand, der heute in Deutschland in der ersten Gruppe etwa 5 Millionen und in der zweiten Gruppe etwa 8 Millionen Menschen umfasst, als effektivste Leistungsträger in unserer Gesellschaft erweisen. Ihr Einsatz hat bisher zu immer grösserem allgemeinem Wohlstand geführt und sorgt auch heute noch für den grösseren Teil unseres Wirtschaftslebens. So werden zwei Drittel unseres Arbeitsmarktes von ihnen abgedeckt; sie erwirtschaften 63 % aller Steuern und bestreiten 56 % der gesamten Soziallasten. Damit alimentieren sie sowohl die Unterschicht als auch den grössten Teil der Subventionen an die Konzerne. Der Mittelstand beider Gruppen macht mit seinen Angehörigen nahezu 47 % der Gesamtbevölkerung in Deutschland aus. Das sind etwa 40 Millionen Einwohner. Ihre persönlichen Anschauungen mögen nicht identisch sein; ihr Anliegen, weiterhin als Personalunternehmen am Markt bestehen zu können, sollte sie zusammenbringen und sie dazu veranlassen, sich ihrer Stärke bewusst zu werden.

«Machtwirtschaft» gegen «personale Marktwirtschaft»

Obwohl sie die eigentlichen Träger der dezentralen Ordnungssysteme Demokratie und Marktwirtschaft sind, bleibt ihr politisches Gewicht unterrepräsentiert. Ihnen bleibt kaum Zeit, wirksame Standesvertretungen zu organisieren und zu betreiben. Die, die bereits aufgebaut wurden, werden nicht selten von Funktionären bestimmt, die dem Anliegen und den berechtigten Bedürfnissen des Mittelstandes nicht wirklich gerecht werden. Dass eine ausufernde nationale, von EU-Bürokraten erdachte Verwaltungstechnokratie mit einem Wust an Antragsbögen und Dokumentationspflichten den Personalunternehmen die Arbeitsleistung und auch ihr Leben erschweren, ist das eine. Dass dann aber noch global agierende Grosskonzerne vom Staat hofiert werden mit Begünstigungen, die einer freien Marktwirtschaft und dem fortwährend beschworenen freien Wettbewerb hohnsprechen, ist das andere. Die Leistungsträger des freien Mittelstandes werden so aufgerieben. Folgendes Zitat fasst das Anliegen der Autoren, auf das sie eindringlich hinweisen, prägnant zusammen:

«Der Kapitalfeudalismus der Obergruppe strebt eher Zentraldiktatur statt Volkswillen und Machtwirtschaft statt Marktwirtschaft an sowie Globalmonopol statt Konkurrenz von gleichwertigen Wettbewerbern.

Andererseits streben Teile der Unterschicht nach einem immer stärkeren Sozialstaat (Umverteilung) mit Versorgungsgarantie statt Eigenleistung und Leistungsertrag.

Die bürgerliche Gesellschaft ist somit kein festes, sondern ein latentes Ordnungssystem, welches immer wieder gegen die Machtansprüche der beiden Randgruppen «verteidigt» werden muss, wenn es nicht zerrieben werden soll.» (S. 21)



ISBN 978-3-00-066875-3

So ist es auf keinen Fall sicher, dass die persönliche Freiheit und Selbstverantwortung der Bürger generell politisch gesichert bleibt. Sie wird durch Machtansprüche des Grosskapitals (welches herrschen will) oder die Umverteilungsansprüche der Unterschicht (welche die Bestimmung über die Leistungserträge von Mittelstand und Oberschicht verlangt), aber auch durch die supranationale Machtkonzentration der Eurokratie sowie durch Weltmonopole und Weltfinanzmächte (Globalisierung) ständig bedroht (S. 22).

Für Gemeinwohl und allgemeinen Wohlstand

Professor Dr. Eberhard Hamer ist der bekannteste deutsche Mittelstandsforscher. Er gründete vor 45 Jahren das Mittelstandsinstitut Niedersachsen. Seit dieser Zeit weist er in mehr als 30 Büchern und unzähligen Artikeln unermüdlich daraufhin, dass die Wirtschaftswissenschaften sich zu sehr auf die 6 % Kapitalgesellschaften und ihre Bedingungen ausrichten und die Bedeutung des Mittelstandes nicht richtig einschätzen. Deshalb richtete Professor Hamer von je her sein Augenmerk auf die Person des Unternehmers und ihrer Personalunternehmen. Er begründete damit die «personale Marktwirtschaft». Für diese wissenschaftliche Arbeit erhielt Hamer das Bundesverdienstkreuz. Nach der Mittelstandsökonomie begründete er neuerdings auch die Mittelstandssoziologie.

Mit seiner Überzeugung, dass das mittelständische Personalunternehmen ein Unternehmen von Menschen, mit Menschen, für Menschen ist, stellt er wie kein anderer die gemeinwohlorientierte Bedeutung des Mittelstandes für alle Bereiche der Gesellschaft heraus: für Wohlstand, für Kultur, für Bildung und vor allem für den Erhalt und Ausbau demokratischer Verhältnisse.

Die Pandemie – eine Zäsur für den Mittelstand?

Dass die Corona-Pandemie eine so noch nicht dagewesene Bedrohung des Mittelstandes, ihrer Personalunternehmen und ihrer Mitarbeiter darstellt, deren Ausmass noch gar nicht abzuschätzen ist, muss an dieser Stelle nicht besonders hervorgehoben werden. Der aufmerksame Beobachter des wirtschaftspolitischen Geschehens sieht das seit langem. Es sind gerade die global agierenden Grosskonzerne, die durch die Pandemie ihre Gewinne exorbitant erhöhen konnten. Der Mittelstand ringt ums Überleben. Dass eine Pandemie grosse Teile der Träger schützenswerter gesellschaftspolitischer Verhältnisse bedroht, ist mehr als beunruhigend, bedenkt man, wofür ihre Vertreter stehen. •

¹ Hamer, Eberhard; Jörgens, Olaf. *Wer ist Mittelstand? Soziologie der Mittelschicht*. Herausgegeben vom Mittelstandsinstitut Niedersachsen, Bisingen 2021. ISBN 978-3-00-066875-3

Für Leser aus Deutschland zu beziehen über: Bücherstube Rielasingen, <https://www.rielabuch.de/>; für Leser in Österreich und in der Schweiz über: redaktion@zeit-fragen.ch.

«China-Strategie» des Bundesrates

Fortsetzung von Seite 5

kritisch anzusprechen. Dazu gehören insbesondere die Meinungsäusserungsfreiheit und die Minderheitenrechte, inklusive in den tibetischen Gebieten Chinas und in Xinjiang.» (Strategie, S.19) Dabei wurden auch «konkrete Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet», zum Beispiel seit 2003 der Austausch von Experten im Strafvollzug.

Seit 2018 hat China nun aber weitere geplante Gespräche abgesagt, unter Verweis auf die Einmischung der Schweiz in innere Angelegenheiten (Strategie, S. 19). Der chinesische Botschafter in Bern, Wang Shihing, hält in einem Interview zunächst die guten Erfolge des Dialogs fest: «Seit 1991 haben China und die Schweiz mehrere Runden durchgeführt,

die das gegenseitige Verständnis verbessert haben.» In den letzten zwei Jahren habe sich die Schweiz jedoch an Anti-China-Erklärungen im Menschenrechtsrat und in der Uno zu Xinjiang und Hongkong beteiligt und damit «die Atmosphäre des bilateralen Menschenrechtsdialogs schwer beschädigt». Trotzdem stehe China dem Menschenrechtsdialog mit der Schweiz weiterhin offen gegenüber.⁴

Die Neutralität ist der wichtigste Grundsatz der Schweizer Aussenpolitik. 90 bis 95 Prozent der Schweizer Bevölkerung hält gemäss den jährlichen Umfragen der ETH Zürich unbeeinträchtigt am Neutralitätsprinzip fest. Dieses beinhaltet nicht nur die Nichtbeteiligung an Kriegen und militärischen Bündnissen, sondern auch die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten – und den Verzicht auf einen Sitz im Uno-Si-

cherheitsrat. Nur auf diesem Boden kann die Schweiz ihre Guten Dienste und die Zusammenarbeit mit anderen Völkern zum Blühen bringen. •

¹ Schweizerische Eidgenossenschaft. China Strategie 2021–2024 vom 19.3.2021 (zitiert: Strategie). https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/SchweizerischeAussenpolitik/Strategie_China_210319_DE.pdf

² Stellungnahme des Sprechers der chinesischen Botschaft in der Schweiz zur «China-Strategie» des Bundesrates vom 22.3.2021 (<http://www.china-embassy.ch>)

³ Häsler Sansano, Georg. «Ist die China-Strategie des Bundesrates bereits Makulatur?» In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 25.3.2021

⁴ Birrer, Raphaela; Häfliger, Markus. Interview mit Chinas Botschafter. «Dies ist eine Diffamierung, sie widerspricht dem Image der Schweiz». In: *Tagess-Anzeiger* vom 22.3.2021

Die deutschen Grünen wollen um jeden Preis an die Macht

Eine Internet-APO übt dabei die politische Einflussnahme

von Karl-Jürgen Müller

Wer erinnert sich noch? Am 18. Mai 2019, kurz vor den Wahlen zum EU-Parlament, stellte die Plattform *YouTube* ein Video des deutschen «Influencers» *Rezo* ins Internet. Der Titel des Videos war: «Die Zerstörung der CDU». Das Video hatte eine Länge von knapp 55 Minuten und griff die deutschen Regierungsparteien CDU, CSU und SPD sowie die AfD und die FDP scharf an. Besonders CDU und CSU warf *Rezo* alles Mögliche vor, nicht zuletzt ein Versagen in der Klimapolitik. Am Ende des Videos sprach er eine indirekte Wahlempfehlung für *Bündnis 90/Die Grünen* aus.

Das Video war das am meisten gesehene *YouTube*-Video im Jahr 2019 in Deutschland. Bis zum Tag der Europawahl in Deutschland am 26. Mai verzeichnete es mehr als 10 Millionen Aufrufe. Mit Blick auf die Verluste von SPD und CDU und den Erfolg der Grünen bei den Wahlen zum EU-Parlament sprach das *Zweite Deutsche Fernsehen* (ZDF) damals von einem «*Rezo*-Effekt». Ein Effekt, der nicht zuletzt möglich wurde, weil *Rezo* von den anderen Medien breit und wohlwollend zum Thema gemacht wurde.

APO der Grünen und nicht mehr Demokratie

Rezo ist ein junger Mann, der sich wie ein unabhängiger, alternativ wirkender Beobachter und Kommentator des politischen Geschehens gibt. Er tritt bestimmt und ausgesprochen aggressiv auf, wähnt die Wahrheit auf seiner Seite, und seine Wortwahl und Diktion haben nichts mit einer demokratischen Diskussion zu tun, inszenieren aber «*Wut*» und «*Empörung*». Indes ist wohl jedes Wort, ist jede Gestik und Mimik genau einstudiert. *Rezo* wird gut vorbereitet.

Spätestens mit dem «*Rezo*-Effekt» hätte es ins allgemeine Bewusstsein dringen können, welches Machtpotential im Internet steckt, gerade auch, wenn jemand grob auftritt. Bekannt ist dies aus anderen Zusammenhängen, zum Beispiel bei den weltweiten «*farbenen Revolutionen*». Dieses politische Machtpotential hat nichts mit Gesprächskultur zu tun, ist in keiner Weise legitimiert und geht mit seinen Manipulationsmöglichkeiten weit über die von gedruckten Medien hinaus. Die Emotionalisierung, die betrieben wird, ruft aggressive Affekte hervor, kein Mitgefühl.

Rezo, so kann man vermuten, ist ein Teil der Ausserparlamentarischen Opposition

(APO) der heutigen deutschen Grünen, die sich öffentlich fast nur noch ganz bürgerlich geben. *Rezo* ist kein Einzelphänomen. Das Ganze hat System. Öffentliche Auftritte wie die von *Rezo* nehmen zu. Zielgruppe sind vor allem junge Menschen. Mit mehr Demokratie hat das nichts zu tun, allenfalls muss man von einem Missbrauch demokratischer Rechte sprechen.

«Rezo zerstört Corona-Politik»

Am 5. April 2021 hat *Rezo* ein neues Video bei *YouTube* ins Internet gestellt: «*Rezo zerstört Corona-Politik*». Schon am 9. April um 12:00 Uhr verzeichnete das Video nach Angaben von *YouTube* mehr als 1 Million Zuschaltungen und mehr als 90 000 Daumen nach oben. Die Machart des Videos ähnelt derjenigen vom April 2019, es ist allerdings viel kürzer und dauert nur 13 Minuten. Kernaussagen des Videos sind: Die deutsche Regierung (hier beschränkt sich *Rezo* allerdings ganz auf CDU- und CSU-Politiker) habe in der Corona-Politik von Anfang an total versagt, CDU-Politiker hätten sich als korrupt erwiesen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Wissenschaftler würden übergangen, in Anbetracht weiterer «*Krisen*» (hier nennt er wieder die Klimafrage) seien CDU und CSU unzumutbar. Auch dieses neue Video wurde von vielen anderen Medien wohlwollend kommentiert.

Annalena Baerbock will Kanzlerin werden

Am 19. April 2021 haben *Annalena Baerbock* und *Robert Habeck*, die beiden Vorsitzenden von *Bündnis 90/Die Grünen*, der Öffentlichkeit mitgeteilt, wen die Partei als Kanzlerkandidaten in die kommenden Bundestagswahlen (Termin ist der 26. September) schicken soll. Es ist *Annalena Baerbock*. Die deutschen Grünen sehen sich seit den letzten Bundestagswahlen im starken Aufwind. Die Ergebnisse bei den Landtagswahlen seit 2017 und den Wahlen zum EU-Parlament bestärken die Partei im Glauben, auch auf Bundesebene die Macht erringen zu können. Auf dem Weg ins Kanzleramt stören nur noch CDU und CSU. Die gilt es jetzt mit allen Mitteln zu schwächen.

Nach heutigem Stand der Dinge ist davon auszugehen, dass die Corona-Politik der Bundesregierung ein zentrales Wahlkampfthema sein wird. Mittlerweile ist es gelungen, die Vielstimmigkeit und die Konfusionen in Sachen Corona-Politik derart anschwellen zu

Influencer in der Politik

ep. Influencer spielen heute nicht nur in der personalisierten Werbung eine entscheidende Rolle, sondern sie beeinflussen auch zunehmend die öffentliche Meinungsbildung und die Machtverhältnisse im politischen Bereich. Beim Einsatz von Influencern geht man davon aus, dass sie mehr Wirkung haben als normale Werbung, zum Beispiel mit Prominenten. Die Influencer sind quasi jemand wie du und ich, nichts Spezielles, man kann sich mit ihnen vergleichen und muss sich nicht unterlegen fühlen. In Realität werden sie aber aufgebaut und begleitet von Kameraleuten usw.

Das Wahlkampfteam von *Barack Obama* stellte 2012 im US-amerikanischen Wahlkampf die individualisierte Werbung mittels Influencern in den Mittelpunkt. Mittels Datenanalyse wurde jeder einzelne Wähler erfasst und vermessen. Von Anfang an plante Obama eine tatkräftige Truppe von Freiwilligen ein, die mit möglichst vielen Wählern sprechen sollten. Dank der digital erstellten Algorithmen wusste das Team, mit wem sich solche Gespräche lohnen würden. Deshalb klopfen 21 000 Freiwillige allein im stark umkämpften Bundesstaat Ohio in den letzten vier Tagen vor der Wahl an 890 000 Türen und führten 350 000 Gespräche. Die Freiwilligen hatten Smartphones dabei, mit Apps, denen sie jeweils den exakten Wortlaut der Gesprächseröffnung oder dessen Abschluss für die entsprechende Person entnehmen konnten. Auch die Onlinewerbung liess sich bei diesem Wahlkampf auf jeden Wähler abstimmen und erreichte dadurch mehr Wirkung als zu Hauptsendezeiten ausgestrahlte TV-Werbung. Über Anrufe und die Sozialen Medien konnten die Wähler individuell angesprochen werden.

Influencer übernehmen in gewissem Sinne die Rolle von Wahlkämpfern. Sie klopfen nicht an die Haustüre, sondern melden sich auf dem Smartphone. In der Annahme, dass deren Follower sich stark mit ihren «*Stars*» identifizieren, kann so viel klarer kalkuliert werden, welche Influencer als Werbebotschafter in Frage kommen.

Quelle: Nymoen, Ole; Schmitt, Wolfgang M. Die Influencer. Die Ideologie der Werbekörper. Berlin, Suhrkamp 2021

lassen, dass viele Bürger die Orientierung verloren haben. Die Umfragewerte für die Regierungsparteien, vor allem aber für CDU und CSU, sind entsprechend schlecht. Bei der klassischen Frage, wen sie am nächsten Sonntag wählen würden, wenn Bundestagswahlen wären, kam das Meinungsforschungsinstitut *Forsa* am 7. April 2021 für CDU und CSU nur noch auf insgesamt 27 Prozent und für *Bündnis 90/Die Grünen* schon auf 23 Prozent. Zur Erinnerung: Bei den Bundestagswahlen 2017 hatten CDU und CSU zusammen fast 33 Prozent der Stimmen erreicht und *Bündnis 90/Die Grünen* weniger als 9 Prozent.

Warum fragt niemand nach den politischen Leistungen der Grünen?

Eine Antwort auf die Frage nach den politischen Leistungen der deutschen Grünen seit 2017 steht indes aus. Mehr noch: Diese Frage wird gar nicht gestellt. «*Grün*» zu sein, entspricht aber dem Zeitgeist und durchzieht nahezu alle politischen Parteien. Besser formuliert: Alle diese Parteien haben sich auf einen sich nachhaltig nennenden «*Great Reset*» und den «*Green New Deal*» eingeschworen und wollen heute «*grün*» sein. Und die deutschen Grünen haben es leicht, so zu tun, als wären sie das «*Original*».

Dabei werden Nebelkerzen geworfen. Oder was soll man sich als Wähler konkret vorstellen, wenn das Programm der Partei für die Bundestagswahlen im September den Titel «*Deutschland. Alles ist drin*» trägt? Das sind Wortspiele mit Mehrdeutigkeiten, wie man sie aus Psycho- und anderen Manipulationstechniken kennt. Lenken solche Wortspiele nicht eher ab von der ernsthaften Frage, was eine grüne Kanzlerschaft für Deutschland tatsächlich bedeuten würde?

Mehr Krieg und weniger Freiheit

Diese Zeitung¹ hat vor einigen Wochen dargelegt, dass eine Aussenpolitik unter grüner Führung Deutschland noch mehr als bislang schon in eine US-orientierte, ideologisch gefärbte scharfe Konfrontation mit Russland und China treiben würde. Die Kriegsgefahr würde grösser werden.

Ist es nicht höchste Zeit, sich genauer mit dem zu befassen, was die deutschen

Grünen vorhaben? Die «*Neue Zürcher Zeitung*» vom 31. März 2021 hat – aus ihrer Sicht – einen Anfang gemacht. Der Titel der Analyse lautete: «*Die Grünen sind alles Mögliche – aber nicht liberal*». Der Artikel befasst sich mit dem oben erwähnten Wahlprogramm der deutschen Grünen. Der Artikel formuliert Sätze, mit denen sich auch in Deutschland jeder genauer befassen sollte: «*Wie sähe ein Deutschland aus, das nach dem Willen der Grünen gestaltet wäre? Die Antwort im Parteiprogramm lautet: Es wäre eine quotierte Republik mit einem fordernden und zuteilenden Staat, der nahezu alle Bereiche durchdringt.*» «*Der grüne Staat ist ein Umverteilungsstaat.*» «*Diversity* soll «*üppig subventioniert werden*». Es gehe den deutschen Grünen um eine «*globale sozial-ökologische Transformation*», die nur planetare Grenzen kennt». «*Dem grünen Kernanliegen, durch Regeln, Gesetze*

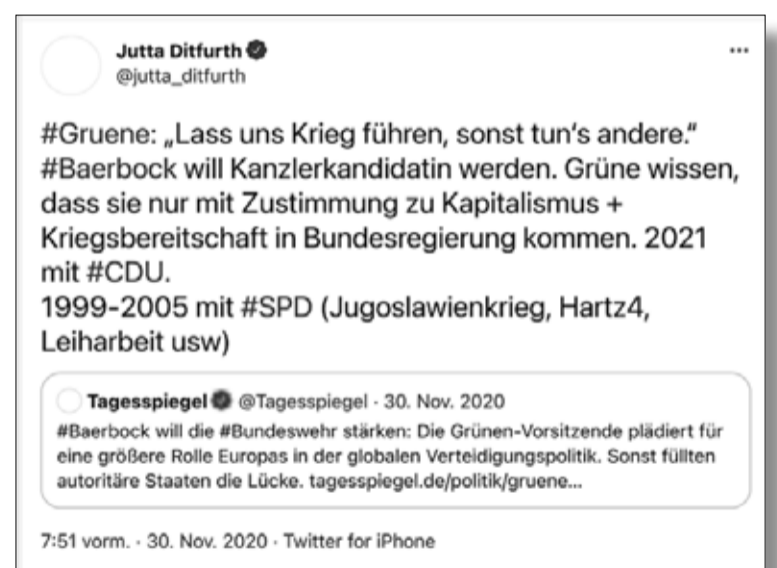
Das wollen die deutschen Grünen in der Regierung

Auszüge aus dem Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zu den Bundestagswahlen am 26. September 2021

«*Die transatlantische Partnerschaft* bleibt ein Stützpfeiler der deutschen Aussenpolitik, jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren gemeinsamen Werten und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer erneuerten transatlantischen Agenda der EU schlagen wir vor, einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, zu geben. Wir setzen auch bei Digitalisierung, der Stärkung des Multilateralismus, in Handelsfragen sowie bei der Gesundheit auf eine gute Kooperation mit den USA. Wir wollen uns gemeinsam für den weltweiten Menschenrechtsschutz und eine regelbasierte Weltordnung einsetzen. Das schliesst eine Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten wie China und Russland mit ein. Der sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung nicht wieder zuvorderst auf Europa richten. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen selbst mehr aussen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens. Wir wollen die transatlantische Debatte

auf vielen Ebenen führen, auch auf den jeweiligen föderalen und lokalen, und damit nachhaltige, diverse gesellschaftliche Netzwerke knüpfen. [...]

Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt und untergräbt immer offensiver Demokratie und Stabilität in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft. Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft, wollen wir unterstützen und den Austausch mit ihr intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens gegen die Ukraine gegen Russland verhängt wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und die Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre Zusagen aus dem Minsker Abkommen umsetzt. Das Pipeline-Projekt *Nord Stream 2* ist nicht nur klimaa- und energiepolitisch, sondern auch geostategisch schädlich – insbesondere für die Situation der Ukraine – und muss daher gestoppt werden.»



und Verbote «*uns als Menschen im Alltag zu entlasten*», wohnt eine abgründige Unwucht inne: Die Grünen öffnen das Tor zur Vormundschaft des Staates. Sie misstrauen dem Menschen und fürchten seine Freiheit.»

Der Artikel schliesst mit einer Frage, die man weitergeben möchte: «*Im Ganzen sind die Grünen weder liberal noch bürgerlich, werden aber von immer mehr bürgerlichen Liberalen gewählt. Ob diese je einen Blick auf die Leitplanken warfen, mit denen die Grünen Deutschland regulieren, die Wirtschaft transformieren und die Gesellschaft umbauen wollen?*»

¹ Was passiert, wenn Deutschland «grün» wird? In: *Zeit-Fragen* Nr. 1 vom 12.1.2021

Eine Kultur jenseits der Erledigungsmentalität

von Carl Bossard



Carl Bossard
(Bild zvg)

Aus der Leidenschaft für die Welt entstände die Leidenschaft fürs Pädagogische, meinte die Politphilosophin Hannah Arendt. Diese Haltung kann schulisch viel bewirken. Eine Spurensuche.

Ein vergilbter Artikel hat allen Aufmerksamkeiten getrotzt. Es ist die Geschichte des Tessiner Briefträgers *Guerino Saglini*. Sein Leben lang hat er für die Post gearbeitet. Was denn einen guten Pöstler ausmache, fragte ihn die «Neue Zürcher Zeitung» beim Übertritt in die Pension. «Passione! Leidenschaft!», sagte Saglini kurz und bündig. Keinen Tag sei er ohne Freude zur Arbeit gegangen, fügte er bescheiden bei.¹

Im Handeln prägt das Wie jedes Was

Die Leute von Biasca schätzten den Postboten Saglini. Für alle hatte er ein freundliches Wort, ja, er zog vor ihnen sogar seinen Pöstlerhut, verbunden mit einem frohen «buona giornata». Vielleicht liegt das Geheimnis seines Wirkens im schlichten Satz: «Ich habe diese Arbeit geliebt.» Während 46 Jahren. Saglini, der Briefträger aus Leidenschaft, wirkte mit seiner Person – mit seiner Art des Tätig-Seins, seiner Denkweise, seiner Sprache.

«Im Handeln prägt das Wie jedes Was.» Es ist stärker als jedes Was. Der Satz geht auf die politische Denkerin *Hannah Arendt* zurück. Saglini, der passionierte Pöstler, verteilte Briefe und Zeitungen; das war seine Arbeit, sein tägliches Was. Bei den Menschen von Biasca gewirkt aber hat er mit seinem Wie. Zwischen ihm und seinen Postkunden baute sich darum so etwas wie eine gemeinsame Welt auf.

Die Form konstituiert den Inhalt

«Die Welt liegt zwischen den Menschen», betonte Hannah Arendt, als sie sich 1959 für den renommierten «Lessing-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg» bedankte.² Und dieses «Zwischen», so Arendt, sei entscheidend. Hier bilde sich die gemeinsame Welt vieler Menschen in ihrer Vielfalt und Verschiedenheit.



«Und eine gemeinsame Welt bildet sich auch im Unterricht – zwischen den Lehrpersonen und ihren Schülerinnen und Schülern, im Zusammenspiel verschiedener Generationen. Darum ist dieses «Dazwischen» so wichtig – das Emotionale, das Beziehungshafte, das Dialogische.» (Bild keystone)

Und eine gemeinsame Welt bildet sich auch im Unterricht – zwischen den Lehrpersonen und ihren Schülerinnen und Schülern, im Zusammenspiel verschiedener Generationen. Darum ist dieses «Dazwischen» so wichtig – das Emotionale, das Beziehungshafte, das Dialogische. Es entsteht und besteht in der Art des Handelns, des Denkens und Sprechens, mit der Erwachsene agieren und dabei auf die jungen Menschen wirken. Altmodisch formuliert, könnte man vom halb vergessenen Vorbild sprechen. Unterricht wirkt eben nicht primär über das Was – so grundlegend dieses inhaltliche Was ist – als vielmehr durch das bereits erwähnte Wie des Denkens und Handelns. Die Form konstituiert den Inhalt. Dieser Primat wäre das Prinzip allen pädagogischen Handelns. Ein solches Grundgesetz führt zu einer Kultur jenseits der Erledigungsmentalität.

Im Wie offenbart sich die Person

Hinter dem Was, hinter den Sachen und Stoffen, hinter den Inhalten, Methoden und Lehrmitteln kann sich ein Lehrer förmlich verstecken. Hinter seine Art zu handeln, sein Wie, aber kann sich keiner zurückziehen. Im Wie zeigt sich die Person. Und es ist die Person,

die im Unterricht wirkt: mit ihrem Engagement, mit ihrer Leidenschaft für die Welt, mit ihrem Feu sacré für die Sache – und damit für die Schülerinnen und Schüler. Unterricht hängt eben entscheidend von dem Faktor ab, den eine frühere Literatur «Lehrerpersönlichkeit» nannte. Die Political Correctness verbietet heute den Ausdruck, und doch trifft er zu. Lehrerinnen und Lehrer bringen ihre Persönlichkeit in den Unterricht ein – und nicht einfach ihr Wissen oder, wie es heute heisst, ihre «professionelle Kompetenz». Und zu dieser Persönlichkeit bauen die jungen Menschen eine vertrauensvolle Beziehung auf.

«Wenn sie von Formen und Zahlen sprach, glühten ihr die Wangen und funkelten ihr die Augen, wie wenn Kinder von Schokolade-Glace reden.»³ So erinnert sich eine Berufsfrau an ihre vitale Primarlehrerin. Jahre später noch sieht sie deren Augen und Backen, fühlt die Atmosphäre und spürt die Freude am Lernen, wie sie offen bekennt.

Die begeisternde Lehrperson als Lesevermittlerin

Da war eine Lehrerin am Werk mit einer Leidenschaft für die Unterrichtswelt und damit einer Leidenschaft fürs Pädagogische. Wie

diese Passion wirken und was sie bewirken kann, zeigt ein zweites Beispiel: Junge Menschen zum Lesen führen und sie fürs Medium Buch gewinnen gehört heute zu den dringenden und verantwortungsvollsten Aufgaben einer guten Schule. Der Weg führt über ein angeleitetes, konsequentes Lesetraining und über einen inspirierenden Literaturunterricht. Wie wichtig dabei die Lehrperson ist, betont Professor *Klaus Gattermeier*. Er bildet an der Universität Passau Lehrer aus. Es komme, so sagt der deutsche Leseforscher illusionslos, «rein auf die individuellen Fähigkeiten und die Begeisterung des Lehrers an».⁴ In zahlreichen empirischen Studien konnte er seine Aussage nachweisen.

Lehrer als entscheidende Lesevermittler wirken über ihr Vorbild und ihren Enthusiasmus. Es ist das Wie, das über das Was zu einer stabilen, gelebten Lesekompetenz führt.

Effizienz allein ist es nicht

Guerino Saglini, Briefträger aus Passion, ging früher in Pension. Warum? Im Zuge einer Postreform rüffelte ihn ein Inspektor aus Bern. Mit der Stoppuhr erfasste er Saglinis Arbeitsschritte und mass seine Zustelleffizienz. «Vor allen Menschen den Hut ziehen? Das ist [für die Post] zu teuer!», beschied ihm der Kontrolleur aus der Berner Zentrale. Saglini zog die Konsequenzen; er quittierte seinen Dienst.

Das Wie ist durch keine Messbarkeit einzuholen

Gemessen hat der Funktionär einzig das Was, den Output. Das Wie ist nicht quantifizierbar. Wie wichtig dieses Wie ist, weiss jede gute Lehrerin, das hat jeder engagierte Lehrer verinnerlicht. Dieses Wie ist durch keine Messbarkeit einzuholen, was heute oft vergessen geht. Gemäss «Lehrplan 21» soll sich ja jedes schulisch vermittelte Wissen als ein Können kontrollieren und quantifizieren lassen. Kompetenzraster formulieren die Lerneffekte; sie werden in ein testfähiges Format transferiert und mit den Messmethoden der empirischen Bildungsforschung erfasst. Die Resultate münden nicht selten in Rankings.

Die Verwaltung hat Saglini auf seine Effizienz reduziert und damit auf sein Was zurückgestuft. Lehrerinnen und Lehrern geht es ähnlich; so sieht es einer, der selber Lehrer war, der Dichter *Peter Bichsel*. Die Schullehrer seien «schon längst [...] zu Bildungsvollzugsbeamten geworden», bedauert er.⁵ Und viele Lehrpersonen müssen ihm wohl recht geben. •

¹ «Ins Licht gerückt: 16 862 Tage für die Post», in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 23.8.2007

² Kahl, Reinhard. «Hannah Arendt zum 100. Geburtstag: Ihre Aktualität ist ungebrochen», in: *Die Welt* vom 10.10.2006

³ Ellinger, Stephan; Brunner, Johannes. *Alp-Traumlehrer. Von flüchtigen Fledermäusen und multikulturellen Frohnaturen. Studierende erinnern sich*. Teilheim: Gemma-Verlag 2015, S. 75

⁴ Ebbinghaus, Uwe. «Nehmt die Schüler endlich ernst!» In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17.3.2021

⁵ Bichsel, Peter. «Kinderarbeit im Bildungsvollzug», in: Ders., *Über das Wetter reden. Kolumnen 2012–2015*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2015, S. 33f. Quelle: *Journal 21* vom 25.3.2021

Der Kanton Graubünden und sein Beitrag für die direkte Demokratie in der Schweiz

7. Wissenschaftliche Konferenz des Forschungsinstituts direkte Demokratie

Samstag, 2. Oktober 2021, 9.00 bis 16.30 Uhr, Haus der Begegnung, Klosterweg 16, Ilanz



ro. Im Mittelpunkt der siebten wissenschaftlichen Konferenz des Forschungsinstituts direkte Demokratie sollen Forschungsergebnisse stehen, welche aufzeigen, inwiefern der Kanton Graubünden die direkte Demokratie in der Schweiz gefördert hat. Mit der Konferenz möchten wir den Forschungsstand diesbezüglich aufzeigen und zu weiteren Forschungsprojekten anregen.

Der französische Staatstheoretiker *Jean Bodin* macht 1583 in seinem Hauptwerk «Sechs Bücher über den Staat» einige aufschlussreiche Bemerkungen über die Schweizerische Eidgenossenschaft. So ordnet er sämtliche Landsgemeindeorte, einschliesslich Graubünden, den «demo-

kratischen Staatswesen» zu. Die «Graubündner Orte» seien «nach Verfassung und Regierung so rein demokratisch wie sonst kein Staat». Neben dieser Fremdbeschreibung finden sich in den Quellen kurze Zeit später auch Selbstbeschreibungen der Eidgenossen, am frühesten offenbar für das Bündnerland, wo sich 1618 in einem bestimmten historischen Kontext die früheste Verwendung des Begriffs der Demokratie für die Schweizerische Eidgenossenschaft findet: «Die Form unseres Regiments ist Demokratisch.» Die «demokratische Form» Graubündens wird dann im 19. Jahrhundert immer wieder als Vorbild genannt, wenn es darum geht, die Volksrechte auszubauen. Was heisst «demokratisch» in den unterschiedlichen historischen Kontexten und welche Bedeutung erhielt die vor-

Programm

9.30: Begrüssung und Einführung
Dr. phil. *René Roca*, Leiter Forschungsinstitut direkte Demokratie
Dr. Carmelia Maissen, Gemeindepräsidentin von Ilanz/Glion
10.00: Dr. phil. *René Roca*: «Der Kanton Graubünden und sein Beitrag für die direkte Demokratie in der Schweiz – ein Überblick»
10.45: Pause
Referate
1.15: Prof. Dr. theol. *Jan-Andrea Bernhard*: «Kirche und Staat – die Wirkung der

Ilanz Artikelbriefe und Disputations-thesen»
12.00: Dr. phil. *Florian Hitz*: «Das altbündnerische Referendum. Seine Praxis im Ancien Régime und seine Rezeption bei bündnerischen Rechtshistorikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (A.R. Ganzoni, Zaccaria Giacometti, Peter Liver)»
12.45: Mittagessen
14.15: Prof. em. Dr. *Jon Mathieu*: «Formen demokratischer Politik im frühneuzeitlichen Freistaat der Drei Bünde»

moderne demokratische Form Graubündens für die Entwicklung der modernen direkten Demokratie? Diesen und weiteren Fragen soll die Konferenz in Ilanz nachgehen.

Im Anschluss an die letztjährigen Konferenzen zur Bedeutung des katholischen Konservatismus, des Liberalismus und des Frühsozialismus für die direkte Demokratie in der Schweiz sowie der theoretischen Grundlagen des Naturrechts und des Genossenschaftsprinzips befasste sich das Forschungsinstitut im Rahmen der sechsten Konferenz mit der Landsgemeinde und dem Kanton Glarus. Nun sollen fortgesetzt die Kantone mit ihrem Beitrag für die direkte Demokratie im historischen Fokus stehen, nach dem Kanton Graubünden soll nächstes Jahr der Kanton Tessin folgen.

15.00: Prof. Dr. iur. *Stefan G. Schmid*: «Florian Gengel (1834–1905) – ein Bündner Theoretiker der direkten Demokratie»
15.45: Prof. Dr. *Randolph C. Head*: «Gab es eine frühneuzeitliche Demokratie? Eine zeitgenössische Perspektive aus graubündnerischer Sicht» (ev. per Video-Konferenz)
16.30: Ausblick und Schlussdiskussion mit Referenten und Publikum
Anmeldungen bitte über die Webseite: www.fidd.ch

Die Familie ist die seelische Wurzel des Menschen

Der Artikel von *Eliane Perret* in *Zeit-Fragen* Nr. 6 vom 9. März 2021 zeigt auf, was Familie eigentlich ist und sein sollte. Sie wählte den Ansatz, aus dem lebenspraktischen Bezug die natürlichen Aufgaben aufzuzeigen, die sich in der «Familie als Ort gefühlsmässiger Geborgenheit» stellen. Mit dem beschriebenen Beispiel hat die Autorin wertvolles psychologisches Wissen dargelegt, welches in der heutigen Diskussion um «Familie» zu wenig beachtet wird – oder unbekannt ist. Es ist ihr zu verdanken, dass sie mit ihrem Beitrag die oft von Ideologien dominierte Auseinandersetzung über die eigentlichen Belange unseres Daseins wieder «erdet» bzw. ins rechte Licht rückt. Ihrem Text ist viel Verbreitung zu wünschen, und er wäre vor allem jungen Familien sehr zu empfehlen.

Urs Graf